

Einwohnerratssitzung 2011/2012

Protokoll Nr. 6

Sitzungsdatum Donnerstag, 26. Januar 2012
Sitzungszeit 13:30 Uhr bis 19:10 Uhr
Ort Pilatus-Saal, Luzernerstrasse 15, Kriens

Protokoll	Petra Burkhart	
Direktwahl	041 329 63 81	26. Januar 2012

Anwesend	Präsidentin	Dalla Bona Johanna
	Einwohnerrat	33 Mitglieder Bienz Bruno (bis 18:40 Uhr) Frey Maurus (ab 13:40 Uhr) Koch Patrick (bis 19:00 Uhr) Maldonado Jennifer (bis 16:00 Uhr) Otte Michael (bis 19:00 Uhr)
	Gemeinderat	5 Mitglieder
	Gemeindeschreiber	Solari Guido
	Protokoll	Burkhart Petra Sigrist Andrea
Entschuldigt		Graf Alfons Günter Michael Piazza Daniel

Traktanden

- | | | | |
|-----|--|------------|-----------|
| 1. | <u>Mitteilungen</u> | | Seite 186 |
| 2. | <u>Vereidigung</u> Rita Berger-Hug (FDP) | | Seite 182 |
| 3. | <u>Ersatzwahl</u>
- Mitglied in die Bürgerrechtskommission (BRK) | | Seite 187 |
| 4. | <u>Protokoll Nr. 4</u> vom 24. November 2011 | | Seite 187 |
| 5. | <u>Fragestunde</u>
(max. 30 Min.) | | |
| 6. | <u>Bericht und Antrag: Voranschlag 2012 (2. Version)</u> | Nr. 284/12 | Seite 190 |
| 7. | <u>Bericht und Antrag: Teilrevision Ortsplanung: Umzonung Areal PanGas</u>
2. Lesung | Nr. 219/11 | Seite 203 |
| 8. | <u>Motion Erni: Schulhaus Gabeldingen; Gesamt-Sanierung für langfristige Nutzung.</u>
<i>Begründung</i> | Nr. 268/11 | Seite 211 |
| 9. | <u>Postulat Konrad: Klassengrössen</u>
<i>Begründung</i> | Nr. 270/11 | Seite 212 |
| 10. | <u>Bericht Postulat Tanner: Einführung flächendeckende Tarifzone 10 für die Gemeinde Kriens</u> | Nr. 236/11 | Seite 214 |
| 11. | <u>Bericht Postulat Tanner: Änderung Verteilungsschlüssel Kostenanteil Gemeinden (50 %) öffentlicher Verkehr</u> | Nr. 237/11 | Seite 215 |
| 12. | <u>Bericht Postulat Urfer: Mitwirkung für eine Tangentiallinie (Buslinie), über das Renggloch</u> | Nr. 198/10 | Seite 216 |
| 13. | <u>Bericht Postulat Müller: Verkehrssicherheit auf der Motelstrasse mit Tempo 30</u> | Nr. 195/10 | Seite 219 |
| 14. | <u>Bericht Postulat Piazza: Geld sparen mit gemeinsamem Telefonie-Abonnement - Anschluss der Gemeinde Kriens an den Telefonie-Vertrag des Kantons Luzern</u> | Nr. 228/11 | Seite 221 |
| 15. | <u>Postulat Konrad: Kostendeckungsgrad Heime Kriens</u>
<i>Begründung</i> | Nr. 269/11 | Seite 221 |
| 16. | <u>Postulat Graber: Verstärkte Zusammenarbeit und aktive Positionierung im Standortwettbewerb</u>
<i>Begründung</i> | Nr. 278/11 | Seite 224 |

- | | | | |
|-----|---|------------|-----------|
| 17. | <u>Motion Tanner</u> : Schuldenbremse für die Gemeinde Kriens
<i>Begründung</i>
aus zeitlichen Gründen abtraktandiert | Nr. 280/11 | Seite 228 |
| 18. | <u>Postulat Piazza</u> : Stopp-Verkehrsproblem-Kriens
<i>Begründung</i>
aus zeitlichen Gründen abtraktandiert | Nr. 281/11 | Seite 228 |
| 19. | <u>Verabschiedung</u> Ursula Müller (CVP) | | Seite 229 |

Neueingänge

- Nr. 195/10 Bericht Postulat Müller: Verkehrssicherheit auf der Motelstrasse mit Tempo 30
- Nr. 219/11 Bericht und Antrag: Teilrevision Ortsplanung: Umzonung Areal PanGas
2. Lesung
- Nr. 284/12 Bericht und Antrag: Voranschlag 2012 (2. Version)
- Nr. 285/12 Dringliche Interpellation Portmann: Was wird die Annahme der Ferieninitiative der Gemeinde Kriens kosten?
Eingang: 16.01.2012
- Nr. 286/12 Dringliche Interpellation Graber: Vorgehensplan für neue Mobilfunkanlagen in Kriens
Eingang: 16.01.2012
- Nr. 287/12 Dringliche Interpellation Luthiger-Senn: Erstellung einer Hochleistungsantenne der Firmen Orange und Swisscom mit je 6 Sendern auf einem Lichtmast im Kleinfeld
Eingang: 16.01.2012
- Nr. 288/12 Postulat Günter: Schappe-Süd-Pol
Eingang: 16.01.2012
- Nr. 289/12 Motion Marbacher: Einführung Controlling-Stelle Wirtschaftliche Sozialhilfe / Sozialversicherungen
Eingang: 17.01.2012
- Nr. 290/12 Interpellation Wicki: Sprachliche Frühförderung
Eingang: 24.01.2012

Nr. 291/12 Motion Müller: Elternbeiträge der Musikschule Kriens am Durchschnitt der Agglomerations-Gemeinden
Eingang: 25.01.2012

Nr. 292/12 Interpellation Müller: Bikerstrecke – Downhillstrecke
Eingang: 26.01.2012

Johanna Dalla Bona begrüsst alle zur ersten Sitzung im neuen Jahr. Von der Presse ist Luca Wolf erschienen.

Sie hofft, dass alle gut in das neue Jahr 2012 gestartet sind. Es ist ein spezielles Jahr, es ist ein Schaltjahr, die Sterne sagen, es sei ein Jahr der Veränderungen und gemäss Maya-Kalender ist es das letzte Jahr überhaupt. Auf jeden Fall wünscht die Vorsitzende allen ein schönes Jahr und freut sich politisch auf lösungsorientierte und sachliche Diskussionen und Auseinandersetzungen zum Wohle der Gemeinde.

Es ist menschlich zu denken, man habe Recht. Doch die Erfahrung lehrt uns, dass wir manchmal im Unrecht sind und es darum klug ist, auf andere zu hören.

Entschuldigt haben sich infolge Ferien Alfons Graf und Daniel Piazza, Micheal Günter ist im Militär. Er hat vordienstlich ein Urlaubsgesuch gestellt, welche normalerweise grundsätzlich gewährt werden, dieses Mal konnte es aber aus organisatorischen Gründen nicht bewilligt werden.

Die Pause ist von 16:00 Uhr bis 16:20 Uhr vorgesehen. Der Schluss der Sitzung ist auf 19:00 Uhr geplant.

Es liegen zwei dringliche Vorstösse sowie ein Antrag zur Änderung der Traktandenliste vor. Die Vorsitzende erklärt, dass ohne Opposition von Seiten des Einwohnerrates die Vereidigung von Rita Berger jetzt erfolgen soll, damit diese abstimmen darf.

Vereidigung Rita Berger-Hug (FDP)

Rita Berger-Hug wird durch das Ablegen des Eides offiziell im Einwohnerrat aufgenommen. Mit Applaus wird sie in den Reihen des Einwohnerrates Kriens als neues Mitglied willkommen geheissen.

Abstimmung über die Änderung der Traktandenliste und die Dringlichkeit der Vorstösse

Johanna Dalla Bona erteilt das Wort für die Begründung des Antrages auf Abtraktandierung der Motion Erni: Schulhaus Gabeldingen; Gesamtanierung für langfristige Nutzung (Nr. 269/11) an Monika Marbacher.

Monika Marbacher begründet den Antrag damit, dass nur im Zusammenhang mit der aktualisierten Schulraumplanung 2012-2021 beurteilt werden kann, ob das Schulhaus Gabeldingen für eine Gesamtanierung und dementsprechend für eine langfristige Nutzung in Frage kommt. Die aktualisierte Schulraumplanung wurde am 6. März 2012 in der Bildungskommission und folglich erst an der Einwohnerratssitzung vom 15. März 2012 behandelt.

Gemäss Johanna Dalla Bona wird das Geschäft auf die Sitzung vom 15. März 2012 verschoben, nachdem diesem Antrag nicht opponiert wird.

Die Vorsitzende erteilt das Wort an Peter Portmann zwecks Begründung der Dringlichkeit der Interpellation: Was wird die Annahme der Ferieninitiative der Gemeinde Kriens kosten? (Nr. 285/2012).

Peter Portmann führt aus, dass die Abstimmung über die Volksinitiative am 11. März 2012 stattfindet. Daher ist die Dringlichkeit gegeben. Für die Privatwirtschaft hätte die Annahme dieser Volksinitiative folgenschwere Auswirkungen. Deshalb möchte er wissen, mit welchen Auswirkungen die Gemeinde rechnen muss.

Roger Erni weiss seit ungefähr drei Jahren, dass diese Initiative vors Volk kommt. Daher achtet er den Vorstoss nicht als dringlich; er hätte längst eingereicht werden können.

Nach Bruno Bienz bestreitet die Grüne-Fraktion die Dringlichkeit der Interpellation aus denselben Gründen, die Roger Erni bereits genannt hat.

Gemäss Judith Luthiger gibt auch die SP-Fraktion der Dringlichkeit nicht statt. Der Gemeinderat hat bei einer Annahme fünf Jahre Zeit, die Initiative umzusetzen. Es ist der falsche Weg, vor der Abstimmung über ein Thema zu diskutieren.

Die CVP/JCVP-Fraktion ist sich nach Kathrin Graber uneinig. Sie persönlich befürwortet die Dringlichkeit.

Erich Tschümperlin ist der Meinung, dass man wenn schon, nicht nur über die finanziellen Auswirkungen diskutieren sollte. Er lehnt die Dringlichkeit ganz entschieden ab.

Abstimmung über die Dringlichkeit Interpellation Portmann: Was wird die Annahme der Ferieninitiative der Gemeinde Kriens kosten? (Nr. 285/2012)

Mit 20:10 Stimmen, bei 2 Enthaltung, wird die Dringlichkeit abgelehnt.

Aakti, Brahim	nein
Berger, Rita	nein

Bienz, Bruno	nein
Bienz, Viktor	ja
Bolzern, Caroline	Enthaltung
Bründler, Anton	ja
Camenisch, Räto	ja
Erni, Roger	nein
Fluder, Hans	ja
Frey, Maurus	nein
Graber, Kathrin	ja
Hahn, Alex	nein
Heini, Martin	nein
Heiz, Martin	ja
Kalt, Mirjam	nein
Kaufmann-Wolf, Christine	nein
Koch, Patrick	ja
Konrad, Simon	nein
Lammer, Thomas	nein
Luthiger, Judith	nein
Maldonado, Jennifer	Enthaltung
Marbacher, Monika	nein
Müller, Ursula	nein
Nyfeler, Nicole	nein
Otte, Michael	ja
Portmann, Peter	ja
Schwizer, Roland	nein
Tanner, Beat	nein
Tschümperlin, Erich	nein
Urfer, Mario	nein
Wespi, Peter	ja
Wicki Roth, Verena	nein

Johanna Dalla Bona erteilt das Wort an Kathrin Graber zur Begründung der Dringlichkeit der Interpellation: Vorgehensplan für neue Mobilfunkanlagen in Kriens (Nr. 286/12).

Kathrin Graber führt aus, dass die geplante Mobilfunkanlage im Kleinfeld grosse Opposition in der Krienser Bevölkerung ausgelöst hat. Eine Sammeleinsprache, die von 153 Gegnern dieser Antenne unterzeichnet wurde, ist bei der Gemeinde eingetroffen. Das Interesse der Öffentlichkeit an der Beantwortung der Fragen, die im Zusammenhang mit dieser Handy-Antenne stehen und generell zum Vorgehensplan der Gemeinde, wie Handy-Antennen in Zukunft bewilligt werden sollen, ist sehr gross. Zudem steht der Gemeinderat offensichtlich kurz davor, die Baubewilligung zu erteilen. Aufgrund der einzelnen Bewilligung einer solchen Antenne, losgelöst von der Ortsplanungsrevision, stellen sich dringende Fragen. Die Voraussetzung für die Dringlichkeitserklärung des Vorstosses ist gemäss Artikel 57 Absatz 1 b der Geschäftsordnung gegeben. Die Sache ist von grossem politischem Gewicht, so dass die Öffentlichkeit die umgehende politische Antwort des Gemeinderates erwartet. Die Sprechende dankt für die Unterstützung der Dringlichkeit.

Matthias Senn opponiert der Dringlichkeit. Der Gemeinderat hat am 3. November 2011 mit einer Medienmitteilung über die Mobilfunkantenne auf dem Flutlicht-Mast im Kleinfeld informiert. Am 16. Januar sind die beiden dringlichen Vorstösse eingegangen, eine Woche später musste die Beantwortung in der Aktenaufgabe sein. Es ist problematisch, wenn der Gemeinderat dem Einwohnerrat während einem laufenden Verfahren Auskunft geben muss.

Auch die SVP opponiert nach Martin Heiz der Dringlichkeit. Er findet es komisch, dass in der Interpellation dieselben Fragen gestellt werden, wie in den Einsprachen. Es wurde bereits oft genug über dieses Thema diskutiert. Im Sommer wird die Ortsplanung behandelt, dann kann dieses Thema wieder aufgegriffen werden. Es kann nicht sein, dass der Einwohnerrat jede spezielle Baubewilligung beurteilen muss.

Kathrin Graber findet es interessant, dass sich ausgerechnet die SVP gegen die Dringlichkeit wehrt, sie gibt sich sonst immer als Stimme des Volkes aus. Es sind immerhin 153 Stimmberechtigte, die sich wehren.

Johanna Dalla Bona erteilt auch Judith Luthiger das Wort zur Begründung der Dringlichkeit der Interpellation: Erstellung einer Hochleistungsantenne der Firmen Orange und Swisscom mit je 6 Sendern auf dem Lichtmast im Kleinfeld (Nr. 288/12).

Judith Luthiger führt aus, dass die Entscheide im Februar gefällt werden und dass es im Sinne der Bevölkerung ist, dass sie informiert wird. Für sie ist unverständlich, dass der Gemeinderat die Dringlichkeit ablehnen will. Es ist eine Tatsache, dass die einspracheberechtigten Anwohnerinnen und Anwohner erst aus der Zeitung über die Hochleistungsantennen erfahren haben. Diese Vorgehensweise ist falsch. Man muss ganz am Anfang das Gespräch mit den Betroffenen suchen. Laut Bundesgesetz gibt es Handlungsspielraum für den Gemeinderat. Wenn sich schon 74 % der Bevölkerung für ein Verbot von starkstrahlenden Handyantennen ausgesprochen haben, so muss sich der Gemeinderat sehr wohl erklären. Es sind berechnete Fragen, deren Antworten im März nichts mehr nützen, da der Entscheid dann bereits getroffen wurde. Jetzt kann man noch reagieren und einen Vorstoss nachschieben, wenn man die Antworten kennt.

Abstimmung über die Dringlichkeit Interpellation Graber: Vorgehensplan für neue Mobilfunkanlagen in Kriens (Nr. 286/12) und Interpellation Luthiger: Erstellung einer Hochleistungsantenne der Firmen Orange und Swisscom mit je 6 Sendern auf dem Lichtmast im Kleinfeld (Nr. 288/12)

Das Ergebnis lautet 15:15 Stimmen, bei 2 Enthaltungen.

(Das namentliche Abstimmungsergebnis kann aufgrund eines technischen Fehlers des Abstimmungssystem nicht mehr nachvollzogen werden.)

Es kommt somit zu einer zweiten Abstimmung.

2. Abstimmung

Das Ergebnis lautet erneut 15:15 Stimmen, bei 2 Enthaltungen.

Aakti, Brahim	ja
Berger, Rita	nein
Bienz, Bruno	ja

Bienz, Viktor	ja
Bolzern, Caroline	nein
Bründler, Anton	nein
Camenisch, Rätö	nein
Erni, Roger	nein
Fluder, Hans	nein
Frey, Maurus	ja
Graber, Kathrin	ja
Hahn, Alex	nein
Heini, Martin	ja
Heiz, Martin	nein
Kalt, Mirjam	ja
Kaufmann-Wolf, Christine	ja
Koch, Patrick	nein
Konrad, Simon	nein
Lammer, Thomas	nein
Luthiger, Judith	ja
Maldonado, Jennifer	Enthaltung
Marbacher, Monika	Enthaltung
Müller, Ursula	ja
Nyfeler, Nicole	ja
Otte, Michael	nein
Portmann, Peter	nein
Schwizer, Roland	ja
Tanner, Beat	nein
Tschümperlin, Erich	ja
Urfer, Mario	ja
Wespi, Peter	nein
Wicki Roth, Verena	ja

Da auch die zweite Abstimmung mit 15:15 Stimmen erfolgt, kommt es zum Stichentscheid der Präsidentin. Diese ist für die Ablehnung der Dringlichkeit.

Nachdem es keine weiteren Bemerkungen zur Traktandenliste gibt, geht Johanna Dalla Bona davon aus, dass der Einwohnerrat mit der Traktandenliste einverstanden ist.

1. Mitteilungen

Die Neueingänge liegen wie gewohnt schriftlich auf.

Matthias Senn informiert über den Regierungsratsentscheid zum Bebauungsplan Zentrumszone Bahnhof Horw. Der Regierungsrat des Kantons Luzern hat an seiner Sitzung vom 10. Januar 2012 den Bebauungsplan genehmigt. Die Beschwerden wurden mit einer Ausnahme abgewiesen. Die Beschwerde der AG Ziegelwerke Horw-Gettnau gegen den Beschluss des Einwohnerrates Kriens vom 26. Mai 2011 wurde teilweise gutgeheissen. Der Regierungsrat weist in seinem Entscheid darauf hin, dass der Bebauungsplan ein in sich geschlossenes Planungsinstrument ist, in dem für einen bestimmten Perimeter einheitliche Bebauungsvorschriften gelten sollen. Es können darin daher grundsätzlich für die gleiche Sachfrage nicht zwei unterschiedliche Regelungen getroffen werden, es sei denn, eine unterschiedliche Regelung sei aus sachlichen Gründen in einem konkreten Fall geboten. In diesem Fall sei es unzweckmässig,

für einen einzigen Baubereich einen abweichenden Energiestandard festzulegen. Der Gemeinderat hat sich gegen eine Beschwerde beim Verwaltungsgericht entschieden. Die Hoheit im Geschäft hat die Gemeinde Horw und es soll nicht an der Gemeinde Kriens liegen, wenn der Bebauungsplan monatelang beim Verwaltungsgericht liegen bleibt.

2. Vereidigung Rita Berger-Hug (FDP)

siehe Seite 182

3. Ersatzwahl - Mitglied in die Bürgerrechtskommission (BRK)

Wahlergebnis KiZ

ausgeteilte Wahlzettel:	33
eingegangene Wahlzettel:	33
leere Wahlzettel:	0
ungültige Wahlzettel:	0
gültige Wahlzettel:	33
absolutes Mehr:	17

Stimmen erhielt und gewählt ist als Mitglied in der BRK: Rita Berger-Hug mit 33 Stimmen

4. Protokoll Nr. 4 vom 24. November 2011

Gemäss Johanna Dalla Bona sind keine Änderungsanträge eingegangen. Das Protokoll Nr. 4 wird somit genehmigt und verdankt.

5. Fragestunde

Kathrin Graber fragt, ob die Krienser Bevölkerung bei der Evaluation betreffend Mobilfunkantenne Kleinfeld einbezogen wurde und wenn ja, wie. Wie ist das weitere Vorgehen des Gemeinderates diesbezüglich?

Matthias Senn antwortet, dass am 3. November 2012 eine Medienmitteilung erfolgte. Am selben Tag erschien auch ein Artikel in der NLZ. Es stimmt nicht, dass man die Bevölkerung nicht informierte. Der Gemeinderat hat sich für dieses Vorgehen entschieden, es liegt in seiner Kompetenz. Der Gemeinderat ist davon überzeugt, dass das Kleinfeld ein guter Standort ist.

Beat Tanner stellt fest, dass beim Renggloch eine Lichtsignalanlage installiert wurde. Was ist dort genau das Problem? Welche Auswirkungen hat dies auf den Verkehr?

Gemäss Matthias Senn ist die Verkehrsführung über das Renggloch einspurig, weil Risse und Absenkungen festgestellt wurden. Die kantonale Dienststelle Verkehr und Infrastruktur überwacht die Situation. Im Februar wird über das weitere Vorgehen informiert. Es wurde aber festgestellt, dass sich der Verkehr durch diese Lichtsignalanlage weniger staute.

Gemäss Judith Luthiger wurde zum dritten Mal in Folge versprochen, dass beim neuen Budget-Prozess politische Parteien sowie die Bevölkerung einbezogen werden. In welcher Form ist dies geplant?

Paul Winiker führt aus, dass es heute mit der 2. Version des Budgets beginnt. In einer Finanzklausur im März wird der Gemeinderat das weitere Vorgehen besprechen, insbesondere wie man die Bevölkerungskreise einbeziehen will. Ideen seitens des Einwohnerrates nimmt der Gemeinderat gerne entgegen.

Bruno Bienz äussert, dass in der Februar-Ausgabe des Kriens info der Titel zum Budget-Text "Verzicht auf Steuererhöhung soll mehr Handlungsspielraum schaffen" sehr unglücklich gewählt wurde. Wer hat diesen Titel geschrieben?

Paul Winiker antwortet, dass das Titel setzen im Kriens info wie bei der NLZ funktioniert. Derjenige der den Text schreibt, hat offensichtlich den Titel nicht im Griff. Dieser Titel ist ihm entgangen. Er bittet, den Text ganz zu lesen.

Helene Meyer-Jenni ergänzt, dass derselbe Titel über der Medienmitteilung stand. Rückblickend ist der Gemeinderat auch der Meinung, dass dieser Titel nicht ideal ist. Es wäre unfair, wenn man den „Bock“ einem einzelnen Mitarbeiter zuschieben würde.

Patrick Koch zeigt ein Bild der Schlundstrasse auf der Höhe Lauerz. Die Bachsanierung ist abgeschlossen. Auf dem Bild ist aber noch ein Kiesweg ersichtlich. Wie ist der Stand der Angelegenheiten?

Für Matthias Senn ist es schwierig, die Frage zu beantworten. Er sieht diese Situation zum ersten Mal. Es gab eine kleine Änderung in der Linienführung dieser Strasse, die bewilligt wurde. Aber ob das genau diese Stelle ist, kann er nicht sagen.

Anmerkung der Protokollführerin: Im Laufe der Projektierung zur Korrektur des Talacker- und Schlossbachs wurde von Seiten des angrenzenden Grundeigentümers der Parzelle 4492, Bruno Amberg, der Wunsch geäussert, ob man nicht die Schlundstrasse örtlich verlegen könnte. Diesem Anliegen wurde nach interner Prüfung mit der Auflage entsprochen, dass sämtliche Kosten, die eine Umlegung verursachen, durch die private Bauherrschaft zu tragen sind. Die Bauherrschaft beabsichtigt, die aktuell schlechten Sichtverhältnisse bei der Ausfahrt Schlundstrasse 69 (Lauerzhaus) zu entschärfen und zugleich die Wegführung, welche bündig entlang der Hausfassade verläuft, zu verlegen. Mit dieser Massnahme kommt das Ensemble, welches im Inventar der Kulturobjekte aufgeführt ist, besser zur Geltung und die Lärmimmissionen können reduziert werden. Eine explizite Bauausschreibung ist betreffend

der Strassenverlegung nicht erfolgt. Es gab daher keine Einsprachen. Das eingangs erwähnte Wasserbauprojekt lag vom 14. März bis 2. April 2005 öffentlich auf. Mit Entscheid vom 26. August 2008 bewilligte der Regierungsrat das Bauprojekt. Planabweichungen können, sofern sie keine schutzwürdigen Interessen tangieren, gewährt werden. In Abwägung der oben aufgeführten Sachlage stimmte man diesem Vorgehen zu. Man ging davon aus, dass die Umsetzung der Strassenverlegung Ende 2011 abgeschlossen sei. Die Bauherrschaft, namentlich Bruno Amberg, erliess im Herbst 2011 einen Baustopp. Als Grund wurden weitergehende Abklärungen angeführt, zumal die Umgebungsgestaltung des inventarisierten Gebäudes hinzu kommen soll. Das Baudepartement wird Herr Amberg auffordern, bis Sommer 2012 die Strassenverlegung, welche auf seinem privaten Grundstück in Teilen erfolgt, zu beenden und dem Verkehr zu übergeben.

Christine Kaufmann-Wolf verweist auf eine grosse Baustelle im Sonnenberg bei der Kreuzhöhe und erkundigt sich, was dort gebaut wird.

Matthias Senn glaubt, dass es eine Werkleitungserneuerung ist.

Bruno Arnet ergänzt, dass es eine Landentwässerung ist.

Roger Erni bittet die Geschäftsleitung auf die nächste Sitzung zu entscheiden, wie künftig mit Beamer, Bildern und PowerPoint-Präsentationen während der Ratssitzung umgegangen wird. Dürfen die Ratsmitglieder dieses Medium benutzen?

Gemäss Johanna Dalla Bona nimmt die Geschäftsleitung die Anregung entgegen.

Judith Luthiger konnte der NLZ vom 25. Januar 2012 entnehmen, dass sich die Pensionskasse der Gemeinde Kriens erholte. Wie ist der momentane Deckungsgrad?

Nach Paul Winiker ist man mitten im Abschluss und es liegen nur provisorische Zahlen vor. Die meisten Pensionskassen hatten ein schwieriges Jahr mit plus minus 1 % Performance. Daher kann er nicht sagen, ob man den Deckungsgrad halten oder verbessern kann. Was er aber bereits jetzt sagen kann ist, dass es nicht reichen wird, um die Sanierungsmassnahmen abzuschliessen.

Mirjam Kalt möchte wissen, welche Werkverträge oder Planungsaufträge für den Neubau der Hergiswaldbrücke bereits vergeben wurden und wie viel dies von den Gesamtkosten prozentual ausmacht.

Matthias Senn antwortet, dass alle Planungsaufträge und 90 % der Werkverträge vergeben sind.

Hans Fluder fragt, wie weit der Bau der Krienser Badi ist und wie es mit den Finanzen aussieht.

Matthias Senn führt aus, dass die Finanzen immer noch auf demselben Stand wie im alten Jahr sind, man ist auf Kurs. Man ist sehr gut im Terminplan, was das Stahlbecken betrifft und auch mit dem Naturschwimmbad liegt man im Terminplan.

Ursula Müller erkundigt sich nach dem Stand des Rebberges. Wird das Gelände terrassiert oder bleibt es unverändert?

Gemäss Cyрил Wiget wurde das Projekt sistiert, weil ein neuer Mitarbeiter eingestellt wurde. Man ist daran, das Konzept zu verfeinern. Sie möchten in einer Medienmitteilung über die nächsten Schritte informieren.

Gemäss Simon Konrad wurde in der Zeitung vom 27. Dezember 2011 ein Artikel über den Therapie- und Förderwahn in den Schulen publiziert. In Kriens werden ca. 1 Mio. Franken für solche Massnahmen ausgegeben. Wie sieht diese Entwicklung aus?

Helene Meyer-Jenni findet das eine anspruchsvolle Frage, um diese aus dem Stand heraus zu beantworten. Sie denkt, dass die Frage auf dem Interpellationsniveau ist und bittet, eine solche einzureichen.

Mario Urfer fragt, wann die PanGas AG nach Dagmersellen weggezogen ist und weshalb.

Matthias Senn erinnert sich, dass der Wegzug in den 90er-Jahren war. Über diesen Wegzug wurde viel spekuliert. Schlussendlich war wahrscheinlich der Landpreis massgebend für den Wegzug nach Dagmersellen.

Patrick Koch stellt fest, dass sich die Zahlungsmoral der Bürger verschlechterte. Er hat vernommen, dass gewisse Leute ihre Steuern absichtlich nicht per Ende Jahr bezahlen und dies erst Ende Januar vornehmen. Er fragt deshalb, ob es möglich ist, Personen, welche ihre Steuern nicht fristgerecht bezahlen, im Kriens info zu publizieren.

Nach Paul Winiker sind die Steuern grundsätzlich bis zum 31. Dezember zu bezahlen. Danach wird gemahnt und es werden auch Verzugszinsen verrechnet. Dass eine solche Publikation möglich oder sinnvoll wäre, glaubt er nicht. Bezüglich Steuerdaten wurde vom Parlament ein restriktiver Weg eingeschlagen. Die ausstehenden Steuern werden aber natürlich eingetrieben. Wenn man die Statistiken des Steueramtes anschaut, liegt man im selben Rahmen wie in den Vorjahren. Nach dem Rechnungsabschluss kann er konkret antworten.

6. Bericht und Antrag: Voranschlag 2012 (2. Version) Nr. 284/12

Johanna Dalla Bona begrüsst den Sachverständigen Beat Schwander, Leiter Personalabteilung.

Simon Konrad führt aus, dass das überarbeitete Budget sehr kurzfristig zugestellt wurde. Den Mitgliedern der FGK blieben sechs Tage zur Vorbereitung. Angesichts der Menge der Ände-

rungen war dies aber ausreichend. Der Sprechende dankt dem Gemeinderat für die Zustellung des Voranschlages per pdf und die saubere Darstellung der Änderungen auf der orangefarbenen Beilage. Die FGK lehnte die erste Fassung ab, die Steuererhöhung wurde von der FGK ebenfalls nicht mitgetragen. Nun befindet der Einwohnerrat, wie letztes Jahr, über die 2. Version. Das Eintreten in der FGK war bestritten, ein Antrag auf nicht eintreten wurde abgewiesen. Bei der Detailberatung wurde festgehalten, dass die 2. Fassung der laufenden Rechnung nahezu unverändert präsentiert wird, ausser dem Verzicht auf die Steuererhöhung. Die wenigen Änderungen sind „ferngesteuert“, wie zum Beispiel die Zinsbelastungen oder kantonale Annahmen. Einige Unsicherheiten bestehen bei den kantonalen Kosten, weil der Kanton erst im März das Budget verabschiedet. Das operative Defizit erhöht sich folglich auf prognostizierte 7.4 Mio. Franken. Hingegen wurden bei den Investitionen Projekte für 5.4 Mio. Franken aufgeschoben, was einigen missfiel. Befürchtungen wurden laut, ob das unter dem Strich nicht sogar teurer werden kann. Schlussendlich verzichtete die FGK jedoch darauf, Änderungen an der Investitionsrechnung vorzunehmen. Eine Mehrheit der FGK, im Gegensatz zur ersten Fassung, trägt diese Entwicklung mit. Die Endabstimmung fiel mit 5:2 Stimmen für das vorliegende Budget aus.

Monika Marbacher nimmt vorweg, dass die BiK mit 5:2 Stimmen auf die 2. Version des Voranschlags, Bereich Bildung, eingetreten ist. Die BiK hat vorwiegend drei Themen diskutiert: Das Budget 2012 generell, die Werterhaltung der Schulanlagen und die Lohnerhöhung. Generell wurde kritisiert, dass das Budget gegenüber der ersten Version gar nicht verändert wurde. Andererseits wurde das Budget 2012 als Notlösung akzeptiert. Gleichzeitig werden aber für die politische Gesamtplanung und das Budget 2013 Lösungsansätze gefordert, welche die Gemeinde Kriens wirklich weiterbringen. Über die Streichung der Investitionen bei den Schulanlagen ist kein einziges Mitglied der BiK glücklich. Man sollte die Fehler der Vorgänger nicht wiederholen und die Werterhaltung der Schulanlagen vernachlässigen. Für die einen ist es Erpressung, die Investitionen zu streichen, weil das Budget abgelehnt wurde. Es wurde auch der Wunsch geäußert, die Investitionsreduktion rückgängig zu machen und das Schulhaus Gabeldingen sofort zu sanieren. Schliesslich sei die Mittelbeschaffung für Investitionen momentan sehr günstig zu haben. Andererseits sei es nicht vertretbar ohne Mehreinnahmen Investitionen ins Blaue zu tätigen. Das Volk habe zweimal eine Steuererhöhung abgelehnt. Nun müsse es spürbar werden, dass die Finanzen fehlen. Für die Schule sei es vertretbar, dass die Investitionen für ein Jahr reduziert werden. Am Antrag, die Investitionsreduktion im Bereich Bildung aufzuheben, wurde nicht festgehalten. Dafür wurde die Bedingung gestellt, dass die Werterhaltung der Schulanlagen im Budget 2013 aufgenommen wird, damit die Folgekosten das Budget nicht zusätzlich belasten. Die Mehrheit der BiK begrüsst die Lohnerhöhung um 1,5 % für das Verwaltungspersonal, eine Minderheit kritisiert, dass eine Lohnerhöhung mit der aktuellen Finanzlage einfach nicht vernünftig sei. Bei der Detailberatung folgten keine weiteren Bemerkungen.

Gemäss Martin Heiz war das Eintreten in der BK unbestritten. Es wurden verschiedene Meinungen geäußert. Die einen waren mit dem Voranschlag einverstanden und wollen sich nun auf den Voranschlag 2013 konzentrieren. Andere waren der Meinung, dass es ein Notbudget ist. Eine Gemeinde die nicht mehr investieren kann ist "tot". Eine Gemeinde darf aber auch nicht pleite gehen. Die Kürzung der Investitionen fand bei den meisten ein schlechtes Echo. Somit wurde nicht in der laufenden Rechnung gespart. Es gab auch Meinungen, dass man gegenüber der Bevölkerung ein Zeichen für den abgelehnten Voranschlag setzen muss. Einige waren auch der klaren Meinung, dass man den Konsumaufwand einschränken muss. Die BK lehnt den Voranschlag mit 4:3 Stimmen ab.

Nach Martin Heini hatten die Mitglieder der USK keine Freude an der 2. Version des Voranschlages, sie stimmen aber trotzdem zu. Das Eintreten war unbestritten. Überall auf der Verwaltung wird leer geschluckt. Im Umwelt- und Sicherheitsdepartement vor allem wegen dem Hort Roggern. Wird der Hort dieses Jahr nicht in Betrieb genommen, fallen Kantonsbeiträge weg. Es ist ein schlechter Service für Familien und Kinderbetreuende. Unter dem Strich resultiert herzlich wenig für die laufende Rechnung. Die USK folgt dem Ansatz des Gemeinderates, dass sämtliche Investitionen ausgesetzt werden. Die Gleichbehandlung und ein klares Signal gegen aussen ist nötig. Es stellte sich auch die Frage, ob die Gemeinde verklagt werden kann, weil sie gegen ihre Pflichten verstösst. Die Leistungsvereinbarung mit dem Gemeinnützigen Frauenverein berücksichtigt die Aufschiebung des Hort Roggern. Ebenso betroffen von den Sparmassnahmen ist die Weiterführung der Sanierung der Sportanlage Kleinfeld inklusive Stadion. Die USK empfiehlt einstimmig die Annahme des Budgets.

Peter Portmann hält fest, dass die SVP-Fraktion dem Voranschlag 2012, 2. Version, so wie er vom Gemeinderat präsentiert wird, zustimmt. Sie will nicht, dass die Gemeinde Kriens ihre Handlungsfähigkeit verliert. Eventuelle Verbesserungen oder Verschlechterungen, je nach Lesensart, wird die SVP-Fraktion kategorisch ablehnen. Das heisst, sie akzeptiert kein grösseres Defizit. Sie appelliert auf das Kostenbewusstsein von Einwohner- und Gemeinderat um die verfügbaren finanziellen Mitteln wirkungsvoll einzusetzen. Auf eine Erweiterung des Dienstleistungsangebotes muss in den nächsten Jahren verzichtet werden. Die ersten Vorstösse zur Aufweichung der Ausgabendisziplin sind bereits eingetroffen. Der Sprechende denkt an die Motion Müller, welche die Elternbeiträge der Musikschule auf den Durchschnitt der Agglo Gemeinden festlegen will. Alles gut und schön, aber zuerst muss der Steuerfuss an den Durchschnitt der Agglo Gemeinden angepasst werden. Die SVP-Fraktion wird den Fokus auf das Budget 2013 setzen. Dieses Budget muss endlich ausgeglichen sein. Koste es, was es solle. Also ist der Gemeinderat jetzt erst recht gefordert. Es werden Fakten erwartet, keine Alibiübungen oder "Pflästerlipolitik". Das Volk hat am 18. Dezember Klartext gesprochen. Eine dritte Volksabstimmung über die Steuererhöhung kommt nicht in Frage. Der Volkswille ist endlich zu respektieren und nicht die Wünsche oder Forderungen von kleinen Interessengruppen. Auch wenn die Gemeinde Kriens jetzt einen Leistungsabbau einleiten muss. Die SVP-Fraktion ist für Eintreten.

Nach Ursula Müller ist die Abstimmung wie befürchtet verlaufen, weil nicht alle Fraktionen und Parteien am selben Strick gezogen haben. Auf der Gewinnerseite zu stehen, war nicht wirklich ein grosser Triumph. Die Bevölkerung verlangt grössere Sparanstrengungen. Viele sind der Meinung, es sei noch an vielen Orten der Rotstift anzusetzen. Von Exponenten aus Luzern hört man das Gegenteil, dass Kriens demnächst den Bankrott erklären muss. Diese Meinung teilt die Sprechende nicht. Sie gibt die Frage, wie weit eine Gemeinde finanziell gehen kann, bis sie bankrott ist, an Paul Winiker weiter. Die CVP/JCVP-Fraktion findet es wichtig, dass das Budget in der 2. Version bereits jetzt im Januar vorliegt, damit die Gemeinde handlungsfähig ist. Das vorliegende Budget weist eine gewaltige Schräglage aus, das Defizit beträgt 2,6 Mio. Franken. Das Pendel könnte noch mehr ausschlagen und das Defizit könnte dabei noch höher ausfallen. Das ist bei der heute schwierigen Wirtschaftslage kaum abzuschätzen. Damit der operative Verlust nicht ganz so hoch ausfällt, wird das Grundstück Mattenhof verkauft. Die Finanzlöcher werden, so gut es geht, gestopft. Das kann die Gemeinde aber nur einmalig machen. Es ist kein taugliches Mittel, um die finanzielle Lage langfristig zu verbessern. Der Verkauf von Grundstücken ist aus der Sicht der CVP/JCVP-Fraktion keine Option, um die Ein-

nahmen der Gemeinde zu verbessern. Die dringend nötigen Investitionen von 6 Mio. Franken belasten mit nur Fr. 74'000.00 die laufende Rechnung. Es stellt sich die Frage, ob dieser Betrag die Verzögerung der Schulhaussanierungen rechtfertigt. Lohnt sich das Sparen bei der Werterhaltung überhaupt? Wird heute gespart, muss aber in naher oder mittelfristiger Zukunft trotzdem in die vorhandene Infrastruktur investiert werden. Das kann man zwar schon einmal oder zweimal machen, aber nachhaltig ist das auf keinen Fall. Der CVP/JCVP-Fraktion ist klar, dass der Gemeinderat in so kurzer Zeit keine greifenden Sparmassnahmen herzaubern kann. In diesem Zusammenhang findet die Sprechende folgende Aussage von Paul Winiker im Beitrag der NLZ vom 10. Januar grobfahrlässig: „Kurzfristig gibt's hier keinen Speck mehr rauszuschneiden“. Alle Ratsmitglieder haben von Pro Gabeldingen einen offenen Brief erhalten. Die Problematik ist, dass die Bevölkerung immer noch der Meinung ist, dass sich die Gemeinde Kriens Annehmlichkeiten und Luxus leistet, wo sie nur kann. Die Lohnanpassung von 1,5% für das Gemeinde- und Heimpersonal unterstützt die CVP/JCVP-Fraktion voll und ganz. Der Nachholbedarf ist ausgewiesen und dringend. Ihnen ist wichtig, dass die Gemeinde Kriens ein attraktiver Arbeitsort ist und sich mit anderen Gemeinden bei der Entlohnung auf Augenhöhe bewegen kann. Für die Gemeinde Kriens ist es wichtig, dass sie noch finanzielle Gestaltungskraft besitzt, damit die Zukunft aktiv gestaltet werden kann. Dafür sind allerdings Mehreinnahmen nötig. Höhere Steuereinnahmen werden zum einen durch Zuzüge erwartet und zum anderen ist eine Steuererhöhung unumgänglich. Über Sparmassnahmen hat man in den letzten Jahren immer und immer wieder diskutiert. Das Ergebnis dieser Sparmassnahmen ist, dass die Gemeinde, im Vergleich zu umliegenden Gemeinden, stetig an Attraktivität verliert. Man ist an einem Punkt angelangt, wo man sich die Frage stellen muss, was wichtig ist für Kriens, was man braucht und was die Gemeinde attraktiv macht. Es kann nicht sein, dass man sich immer neue Sparmassnahmen ausdenkt und die Gemeinde Kriens magersüchtig spart. Heute steht die Gemeinde vor einem höheren prognostizierten Defizit als je zuvor, trotz den vielen Sparpaketen. Wenn die Gemeinde Kriens eigenständig bleiben will, ist dringend ein Schulterschluss über alle Parteien hinweg nötig. Die CVP/JCVP-Fraktion wird dem vorliegenden Budget zustimmen. Allfälligen Anträgen für kurzdenkende Sparmassnahmen, insbesondere in den Bereichen Bildung, Gesundheit und Soziales werden sie keinesfalls zustimmen.

Simon Konrad führt aus, dass der Einwohnerrat das zweite Jahr in Folge über eine 2. Version des Budgets debattieren muss. Das Stimmvolk hat den Vorschlag des Gemeinde- und Einwohnerrates wieder nicht angenommen. Sparanstrengungen wurden vom Gemeinderat, ausser bei den Investitionen, keine vorgenommen. Die Beilage mit den Änderungen auf dem orange-farbenen Papier ist kurz. Bis zu den Sommerferien wäre es jedoch sehr gut möglich gewesen, auch Massnahmen zur laufenden Rechnung zu treffen. Im überarbeiteten Budget fehlt noch immer eine nachhaltige Strategie. Der Einwohnerrat soll Rahmenbedingungen für das Budget und die Planjahre bis 2018 setzen. Die Verschuldung soll bis 2018 gebremst werden, es soll Varianten mit und ohne Steuererhöhung geben und die Rechnung soll nach mindestens vier Jahren ausgeglichen sein. Dazu hat die FDP-Fraktion heute eine Motion eingereicht, sie zählt auf die Unterstützung des Einwohnerrates. Die FDP-Fraktion hat mit diversen Vorstössen zur laufenden Rechnung ihre Vorschläge eingebracht: Privatisierung des Umweltschutzes, Kostendeckende Führung der Heime Kriens, Klassengrössen, Schuldenbremse, keine höhere Lohnanpassung als der Kanton und die Stadt Luzern. Die Vorschläge fanden bis heute leider kein Gehör. Ein operativer Verlust von 7.5 Mio. Franken ist für die FDP-Fraktion nicht akzeptabel und raubt die Handlungsfreiheit. Den Verzicht auf zukunftsgerichtete Investitionen erachtet sie als kurzfristig. Der Zeitpunkt ist ideal. Die Zinsen sind tief, Immobilien sind gefragt, die Investoren sind bereit. Man soll in die Zukunft und die Eigenständigkeit investieren

und endlich ein kritisches Auge auf die laufenden Ausgaben richten. Die FDP-Fraktion stellt den Antrag, nicht auf das Budget einzutreten.

Gemäss Judith Luthiger ist das, was der Einwohnerrat jetzt mit der zweiten Version des Budgets vor sich liegen hat, das Resultat einer verfehlten Finanzpolitik der vergangenen Jahre. Es ist wiederum nicht gelungen, der Bevölkerung die Finanzsituation zu erklären. Auch dieses Budget konnte man wieder mit treffenden Schlagwörtern vernichten und den Bach runter schwemmen. Die ganze Wahrheit der Krienser Finanzsituation zu erklären braucht aber mehrere Sätze. Was die Sprechende im Kriens info von der FDP lesen musste, übertrifft alles. Mit diesem Budget steht die SP-Fraktion vor einem riesigen Dilemma. Sie verurteilt den Investitionsstopp. Er ist nicht nachhaltig und löst das Problem nicht. Das vorliegende Budget ist nicht das Budget der SP. Es enthält unter anderem Abbaumassnahmen bei der Bildung, bei den Vereinen und die Erhöhungen bei den Musikschulgebühren und Heimtaxen, wie jedes Jahr. Wird man wieder gezwungen, dem kleineren Übel zuzustimmen? Wenn das Budget abgelehnt wird, läuft die Gemeinde Kriens Gefahr, dass der Regierungsrat noch mehr Einsparungen und Leistungsabbau verlangt und dass der einzige wirklich nachhaltige Lichtblick, die Lohnerhöhung für das Gemeindepersonal, gestrichen wird. Das will die SP-Fraktion nicht. Eine Ablehnung bedeutet auch, dass der Gemeinderat weiterhin handlungsunfähig bleibt und sämtliche Ausgaben, die nicht bestätigt sind, nicht ausführen kann. Auch das ist verantwortungslos. Diese zweite Version des Budgets erfüllt wenigstens eines der Hauptanliegen der SP. Seit Jahren kämpft sie für die Lohnanpassungen des Gemeindepersonals und hat keine Mehrheiten gefunden. Jetzt, zum ersten Mal seit vielen Jahren, ist es möglich, dem Personal eine generelle Lohnerhöhung zu geben. Das will sie unter keinen Umständen auf's Spiel setzen. Die SP-Fraktion ist aber der Meinung, dass die Politik wieder einmal nur kurzfristig denkt. Die Schulen müssen die integrierte Förderung umsetzen und verfügen nicht über die nötigen Infrastrukturen. Die Weiterführung der Sanierungen der Schulhäuser wird dringend gebraucht. Der Investitionsstopp löst die Finanzprobleme nicht, sondern verschiebt sie nur, mit dem Resultat, dass es im Endeffekt noch teurer kommt. Man hat nichts dazu gelernt. Ein Paradebeispiel ist die Containerlösung im Gabeldingen. Sie kostet pro Jahr Fr. 200'000.00 ohne grossen Mehrwert. Wie lange bleibt es wohl ein Provisorium? Auch mit der Nichtrealisierung des Horts Roggern kann man in der laufenden Rechnung gerade mal rund Fr. 20'000.00 sparen, verglichen mit dem Mehrwert, den man für die Familien und für die Attraktivierung der Gemeinde bekommen würde, ist das lapidar. Zusätzlich nimmt man in Kauf, dass die Aufschiebung des Hortes kurz- und mittelfristig mit erheblichen Mehrkosten verbunden ist, wenn man erst später baut. Es wird auch erwartet, dass die Kantonssubventionen reduziert werden, weil die Gemeinde Kriens ihren gesetzlichen Auftrag nicht erfüllt. Ebenfalls können keine Bundesgelder abgeholt werden. Auch die starken altersdemographischen Veränderungen werden nicht warten bis Kriens Geld hat. Die Menschen werden älter und brauchen Wohnungen, wo sie betreut werden können. Es braucht bald Lösungsansätze, die schon zu lange verschlafen wurden. Nur nichts machen ist teurer. Auch im 2012 werden wieder Wasserleitungen platzen, weil Kriens beim Unterhalt jahrelang gespart hat und jetzt streicht man auch hier Investitionen. Auch die erneute Ablehnung der Steuererhöhung ist eine Tatsache. Die Gemeinde Kriens hat zu wenig Einnahmen. Sie hat kein Geld zum investieren ohne sich zusätzlich zu verschulden. Die SP wird dem Voranschlag und der Sistierung der Investitionen für ein Jahr, im Sinne eines Schulterchlusses, teilweise zustimmen. Denn die anderen Parteien stimmen dem Budget nur zu, wenn die Investitionen nicht zerzaust werden. Es braucht dringend einen Richtungswechsel in der Krienser Finanzpolitik. Man denkt nur noch von Budget zu Budget, von Wahlen zu Wahlen. Man muss langfristig denken und endlich über die ganze Finanz-Wahrheit informieren können. Politiker plädieren für mehr Eigenverantwortung, möglichst wenig Staat, schlanke Verwaltung, wenig Steuern. Wo ist die Gemeinde Kriens angelangt? Die

Verwaltung ist inzwischen so schlank, dass die Angestellten immer mehr leisten und Arbeiten liegen bleiben müssen und das teilweise zu Löhnen, die nicht konkurrenzfähig sind. Die Steuern wurden dermassen gesenkt, dass man die laufende Rechnung nicht mehr bezahlen kann. Die Gemeinde Kriens kann momentan gerade noch 29 % der Investitionen selber finanzieren und steht vor einem riesigen Investitionsstau. Die Krienserinnen und Krienser bezahlen im Durchschnitt 30 % weniger Steuern, und doch wird vom Staat das fast unmögliche verlangt: Gute Infrastrukturen, Schulhäuser, Altersheime, Kulturräume, Spielplätze, Badi, Polizei, Abfallbeseitigung, gute Bildung, gute Strassen für den ÖV und Individualverkehr, gute Wasserversorgung etc. Mit immer weniger Einnahmen können diese Leistungen nicht bezahlt werden. Wenn man bei einem strukturellen Defizit von rund 8 Millionen immer noch glaubt, der Franken sei beim Bürger am besten aufgehoben, so ist dies nicht verantwortungsvoll. Die SP-Fraktion verlangt vom Gemeinderat, dass er endlich Nägel mit Köpfen macht. Zum dritten Mal in Folge verspricht der Gemeinderat nämlich, er wolle frühzeitig die Parteien und betroffene Bevölkerungsteile in den Budgetprozess einbinden. Mit einer besseren Informationspolitik kann es gelingen, mehrheitsfähige und ganzheitliche Lösungen zu finden. Der Gemeinderat und die Parteien müssen eine breite Öffentlichkeit erreichen und mit klaren Fakten die Finanzsituation Kriens lösen. Die SP-Fraktion wird sich weiterhin für die sozialdemokratischen Grundwerte einsetzen. Man soll miteinander etwas Gutes schaffen.

Nach Erich Tschümperlin zeigen zehn Jahre Steuerwettbewerb nun Früchte. Die Gemeinde Kriens hat kein Geld mehr. Nicht einmal mehr für dringend notwendige Schulhaussanierungen, nicht für einstürzende Decken, geschweige denn für Neues. Die FDP fordert mehr zu sparen. An und für sich ist dies vernünftig. Würde die FDP das Budget genau anschauen, könnte sie aber feststellen, dass das Defizit immer noch riesig wäre, auch wenn alle freiwilligen Leistungen gestrichen würden. Wenn sie nun immer wieder verlangt, dass mehr gespart werden muss, dann ist das finanzpolitischer Unsinn oder wohl eher Populismus. Damit kann man das Krienser Problem ganz sicher nicht lösen. Die Sparschraube wurde die letzten Jahre immer und immer wieder angezogen, wer das bestreitet, will den Tatsachen einfach nicht in die Augen sehen. Wenn die Wirtschaftspartei nicht wahrhaben will, dass die Einnahmen der Gemeinde Kriens nicht einmal ausreichen um die gesetzlichen Aufgaben zu erfüllen, so vernebelt die Panik um das Budget offenbar die klare Sicht auf die Zahlen. Das strukturelle Defizit ist so gross, dass jährlich mehrere Millionen für die gesetzlichen Aufgaben fehlen. Der Gemeinderat hat die Einsparungen der letzten Jahre aufgelistet. Diese Sparliste ist für eine eigenständige, selbstständige Gemeinde eine Schande:

- Streichung von Kindergartenlektionen, Schwimmlektionen, Informatiklektionen, Förder- und Bewegungslektionen, Abschaffung der Schülerzeitung nach 49 Jahren, mehrfache Anhebung der Gebühren der Musikschule, Abschaffung der Talentförderung, Erhöhung der Elternbeiträge an Schullager, Abschaffung der Aktivwoche, um ein paar Beispiele aus der Bildung zu nehmen.
- Beim Personal gibt es nur noch alle zwei Jahre ein Personalfest und nur noch alle zwei Jahre einen Weihnachtsapéro, Reka-Checks wurden abgeschafft, ein Sanierungsbeitrag für die PK eingeführt, AHV Ersatzrenten gekürzt, das Altersguthaben tiefer verzinst und dafür die Teuerung nicht ausgeglichen. Zusätzlich wurden Stellen in diversen Bereichen gestrichen, die Arbeitsbelastung ist gestiegen.
- Im Bereich der Umwelt und Sicherheit wurden sehr viele Stellen gestrichen, der Gemeindeordnungsdienst reduziert, die Jugendanimation reduziert, Beiträge an Sportvereine reduziert, etc.

- Im Sozialdepartement wurden viele Stellen gestrichen und damit das Angebot verschlechtert, dafür die Aufenthalts- und Pflögetaxen erhöht. Die Spitex Kriens hat massiv mehr Leistungen übernommen ohne dafür entschädigt zu werden.

Es wurde also nicht gespart? Sieht so eine attraktive, eigenständige Gemeinde aus? Attraktivität hat nicht nur mit tieferem Steuersatz zu tun. Das wirkliche Leben besteht nicht nur aus Steuern. Es besteht aus Geburt, Kindererziehung, Schule, Familie, Unterstützung von behinderten Mitmenschen, von alten Mitmenschen, aus zusammenleben. Die Gemeinde Kriens hat übertrieben bei den Steuersenkungen, das sagt nicht nur die Grüne-Fraktion, das sagt unter anderem auch der Krienser Finanzchef von der SVP. Es führt kein Weg daran vorbei, dass man auf der Einnahmenseite etwas machen muss. Das hat die FDP in der Stellungnahme nach der Abstimmung übrigens als einzige Partei auch gesagt, ist aber als einzige Partei gegen das Budget angetreten. Ohne neue Einnahmen sind die meisten Investitionen eine Illusion. Nach sieben Steuersenkungen in acht Jahren ist es klar, dass kein Geld mehr in der Kasse ist. Das muss man nun auch den Stimmbürgerinnen und Stimmbürger klar machen. Man muss klar aufzeigen, dass der Gemeinde selbst für dringende Investitionen das Geld fehlt. Die jahrelangen Behauptungen, dass die Steuern ohne Leistungsabbau gesenkt werden können, dass noch viel Fett in der Verwaltung steckt, sie haben Wirkung gezeigt: die Leute glauben einfach nicht, dass der Gemeinde Geld fehlt. Eine weitere spannende Erkenntnis ist, dass Steuersenkungen nicht einfach so zu Mehreinnahmen führen, nein sie können gar zu Mindereinnahmen führen. Die Gemeinde hat zwar neue Aufgaben übernehmen müssen, aber mehr als 23 Mio. Franken Steuerausfälle jährlich zeigen klar die Ursache der Misere. Die Leute haben wohl auch nicht realisiert, dass sie teilweise über 35 % weniger Steuern zahlen. An und für sich ist die Stossrichtung des Gemeinderates die einzige Möglichkeit. Wenn die Kasse leer ist, wenn die Schulden zu gross sind, dann bleiben nur die Einsparungen bei den Investitionen. Ein weiterer Abbau beim Service public muss vom Volk legitimiert werden. Die Frage ist nun, ob man eine Steuererhöhung oder Leistung streichen will. Das hat nichts mit Erpressung zu tun, wie im Vorfeld der Abstimmung etwa zu hören war. Die mündigen Stimmbürger müssen wissen, was die Ablehnung eines Budgets zur Folge hat. Man muss den Krienserinnen und Kriensern alle Fakten auf den Tisch legen. Der Nullpunkt ist erreicht, die Grüne-Fraktion ist nicht bereit noch mehr zu sparen, denn schon das erste Budget war eigentlich jenseits ihrer Schmerzgrenze. Sie lehnt den Bericht und Antrag mehrheitlich ab. Ja zu sagen zu einer eigenständigen Gemeinde, Ja zu sagen zu Gabeldingen ist das Eine. Nein zu sagen zur Steuererhöhung ist das Andere. Beides passt nicht zusammen.

Martin Heiz ist aufgefallen, dass die SGK nicht getagt hat. Er fragt den Präsidenten an, weshalb.

Bruno Bienz informiert, dass die SGK vorgängig einen Termin für eine Weiterbildung vereinbart hat. Als die zweite Version des Voranschlages kam, hätte man diese Weiterbildung absagen müssen.

Beat Tanner bezieht sich auf das Votum von Erich Tschümperlin. Man hat durchaus Möglichkeiten, die gesetzlichen Aufträge etwas zu leiten, in dem man das Geld effizient einsetzt.

Räto Camenisch führt aus, dass die Stimmbürger dreimal innerhalb von drei Jahren keine Steuererhöhung wollten. Somit ist klar, was die Stimmbürger wollen. Sie sind bereit, Steuern

zu zahlen aber sie fordern, dass die Gemeinde mit dem zur Verfügung gestellten Geld auskommt. Immer wieder führt man Neues ein, das nicht nötige wäre, wie zum Beispiel die Migrationsstelle. Das nächste Budget ist entscheidend, es muss die Kehrtwende in der Finanzpolitik bringen. Über das jetzige Budget muss man nicht mehr diskutieren.

Judith Luthiger antwortet auf das Votum von Räto Camenisch. Er sagt, dass die sozialen Einrichtungen, welche die Gemeinde freiwillig führt, Ausgaben verursachen. Das stimmt so nicht. Als Beispiel nennt die Sprechende die Pflegefinanzierung, diese wurde vom Bund überwältigt. Die Stelle für Migration wollte der Bund oder der Kanton, nicht die Gemeinde wollte das. Die Gemeinde will nicht bis ins unermessliche Neues einführen. Man muss damit aufhören, zu sagen, dass der Leistungskatalog ausgebaut wird, weil es die Gemeinde will. Solche Vorgaben kommen nämlich grossmehrheitlich von aussen.

Simon Konrad hat nie gesagt, dass die Gemeinde Kriens höhere oder tiefere Löhne hat. Er weiss aber, dass die Lohnerhöhung, welche Luzern ausrichtet, prozentual tiefer ist. Im Bereich der Bildung hat es in Kriens weniger Kinder, die in die Schule gehen. Der Beitrag des Kantons wurde höher. Wo ist das Geld?

Bruno Bienz ist der Meinung, dass man fair bleiben soll. In diesem Jahr schaut Simon Konrad nach Luzern. In den beiden letzten Jahren, als Luzern höhere Lohnerhöhungen auszahlte als die Gemeinde Kriens wurde das nicht beachtet.

Peter Wespi erinnert sich an die Diskussion über die integrierte Förderung. Alles musste so schnell wie möglich geschehen. Auch beim Ausbau des Kinderhortes musste es der Minergiestandard P4 sein. Es ist an der Zeit, dass man die Kosten in den Griff kriegt und spart.

Erich Tschümperlin ist der Meinung, dass die Gemeinde Kriens die integrierte Förderung nicht als erste Gemeinde, sondern als letzte eingeführt hat. Das hat zudem der Gemeinderat bestimmt und nicht die Grüne-Fraktion. Man muss ein gewisses Hortangebot haben. Es gibt gewisse Bundesgesetze, die eingehalten werden müssen, da kann man jetzt nichts machen. Die Grüne-Fraktion ist durchaus bereit, Abstriche zu machen, man soll sie einfach den Bürgern vorlegen, damit diese wissen, wieviel etwas kostet.

Nach Räto Camenisch sagt das Volk ganz genau, wie viel Steuern es bereit ist zu zahlen und dies sogar dreimal nacheinander. Es ist nicht Sache des Volkes, das Parlament zu spielen. Es ist Sache des Gemeinde- und Einwohnerrates die Vorlagen so zu bearbeiten, dass der Wille des Volkes durchgesetzt werden kann.

Judith Luthiger ist der Meinung, dass die Bevölkerung, wenn sie genau weiss über was sie abstimmt, vielleicht auch einer Steuererhöhung zustimmt. Dazu muss die Bevölkerung aber richtig darüber informiert werden, wie die Gemeinde finanziell dasteht, wie es in der Gesundheitspolitik und in der Bildung aussieht.

Thomas Lammer weiss nur eins: Das Volk hat immer Recht.

Nach Peter Wespi sollte auch einmal publiziert werden, wer das Schwimmbad und die teuerste Hergiswaldbrücke wollte.

Erich Tschümperlin führt aus, dass sich die Grüne-Fraktion damals für die Variante „Postauto auf der Eystrasse“ ausgesprochen hat. Die SVP stimmte dann schlussendlich auch für die Brücke. Zum Thema Schwimmbad hätte Peter Wespi den Leserbrief von Maurus Frey lesen sollen.

Monika Marbacher denkt, dass man jetzt noch lange hin und her reden kann. Man kann jetzt auch das Schwimmbad erwähnen, das nützt auch nichts. Der Einwohnerrat politisiert am Volk vorbei. Man informiert nicht richtig, oder die Leute wollen es nicht hören. Mit dem Budget 2013 wird ein ganz schwieriger Prozess auf die Gemeinde zukommen.

Simon Konrad findet es typisch, wie es heute im Einwohnerrat zu und her geht. Schlussendlich entscheidet die Mehrheit und heute ist es die linke Seite, denn sie ist mit einer Person mehr vertreten.

Alex Hahn bittet, die Seeschlachten zu beenden. Die Attraktivität einer Gemeinde besteht aus guten Wohnlagen, Steuern, einer gewissen Eigenständigkeit und der florierenden Wirtschaft. Die Pflegefinanzierung ist eine faule Ausrede. Diese Belastung haben schliesslich alle anderen Gemeinden auch. Nun ist der Zeitpunkt gekommen, an dem man miteinander dafür sorgen muss, dass die Finanzen wieder ins Lot kommen.

Paul Winiker führt aus, dass die Situation nicht befriedigend ist, es ist eine Pattsituation. Die einen wollen das Defizit über die Einnahmeseite, die andern über die Ausgabeseite beheben. Man hat mehrmals darüber gesprochen, dass die Schere seit 2008 weiter auseinander gegangen ist. Zur Erweiterung der Faktenlage erläutert der Sprechende einige Zahlen aus dem Bericht der EcoPlan. Kriens hatte von 2006 - 2010 einen durchschnittlichen Nettoaufwand von 7,9 %, mit dieser Zahl liegt die Gemeinde Kriens in Durchschnitt. Gemäss Prognose ist in den Jahren 2010 - 2015 mit einer Abschwächung auf 5 % zu rechnen. Zwischen 2006 - 2010 hatte die Gemeinde Kriens 4 % weniger Steuereinnahmen. Das strukturelle Defizit entstand durch politische Entscheide. Auf der Einnahmeseite stehen die Steuergesetzrevision des Kantons, die zu erheblichen Steuereinsparungen führte, und die beiden kommunalen Steuersenkungen. Auf der anderen Seite hätte man das mit einem Wachstum abfangen können, wenn nicht parallel dazu ein Leistungsabbau stattgefunden hätte. Die grösste Mehrbelastung kam mit der Pflegefinanzierung, welche die Gemeinde Kriens mittlerweile 6 Mio. Franken kostet. Dass man das nicht so einfach verdauen kann ist klar. Wie geht es nun weiter? Einige sehen den Lösungsansatz in der Reduzierung der Leistung. Das möchte der Gemeinderat grundsätzlich auch, man hat aber gesetzliche Verpflichtungen die vollbracht werden müssen. Man ist jetzt an dem Punkt, wo es darum geht, dass die Gemeinde ihre Handlungsfähigkeit behalten kann. Der Sprechende hält es für problematisch, dass den Gemeinden immer mehr Leistungen aufgehängt werden, ohne richtig darüber zu informieren. Es ist das Gebot der Stunde, dass man dort, wo man handlungsfähig ist, reduziert. Die Investitionen wurden reduziert, jedoch nicht

gestoppt. Der Gemeinderat war immer der Meinung, dass man der Werterhaltung grössere Beachtung hätte schenken müssen. Das Dilemma ist, dass die Gemeinde nur in denjenigen Bereichen voll handlungsfähig ist, in denen freiwillige Leistungen erbracht werden. Offenbar ist es dem Einwohner- und Gemeinderat nicht gelungen, gut zu informieren. Das strukturelle Defizit muss behoben werden. Wahrscheinlich braucht es Kompromisse um das Problem zu lösen. Der Sprechende übergibt das Wort an Beat Schwander, er wird die Lohnsituation erläutern.

Gemäss Beat Schwander hat die Gemeinde Kriens einen Vergleich mit acht anderen Gemeinden und dem Kanton gemacht. Er kann bestätigen, dass die Gemeinde Kriens mit einer anderen Gemeinde am Ende der Liste ist. Der Sprechende kann für die Erhöhung der Löhne einstehen. Wenn man die Löhne um 1 % erhöhen würde, würden vor allem die Mitarbeitenden im Alter von 50 Jahren und aufwärts leer ausgehen. Man hat festgestellt, dass 45 % der Mitarbeitenden zwischen 50 und 65 Jahre alt sind. Es wurde auch schon gesagt, dass man in diesen Sparrunden Stellen gestrichen hat und effizienter wurde. Die Mitarbeitenden sind die Visitenkarte einer Gemeinde. Er findet das eine angemessene Lohnerhöhung. Es wäre schädlich für die Gemeinde Kriens, wenn Mitarbeitende auf eine andere Gemeinde wechseln würden, um eine Reallohnerhöhung zu erhalten.

Helene Meyer-Jenni bezieht sich auf die Wortmeldungen im Bereich der Bildung. Simon Konrad sagte, dass die Bildungskosten zum zweitenmal sinken. Damit war er aber nicht zufrieden. Ein Anteil 78 % des Kontos Nr. 2 sind Personalkosten. Wenn man nun im Sachaufwand sparen will, hat man schlussendlich das Problem, dass schlicht und einfach das nötige Material fehlt. Wenn man umgekehrt eine Lohnerhöhung ausspricht, hat das eine sehr grosse Auswirkung. Der Lohnaufwand ist aber gesunken und auch der Nettoaufwand sank von 30,7 Mio. Franken auf 29,7 Mio. Franken. Die integrierte Förderung kostet die Gemeinde Kriens im Jahr 2012 keinen Franken mehr. Durch die Auflösung der Kleinklassen wird der Aufwand sogar rund Fr. 70'000.00 geringer. Erst ab dem Jahr 2013 wird es die Gemeinde etwas kosten. Der Gemeinderat ist bereit, erneut auf die Diskussion über die Klassengrössen einzutreten. Durchschnittlich hat es in Kriens pro Klasse ein Kind mehr. Es ist eine grosse Herausforderung, dass die Kleinklassen in die Regelklassen integriert werden. Bei der Sonderschule allein hat man einen Mehraufwand von Fr. 330'000.00 im Jahr 2012. Das kann man aber nicht selbst steuern. In den letzten Jahren hat man einige gute Angebote aufgehoben. Aus Sicht der Schule ist man an einem Punkt angekommen wo man die Zitrone nicht mehr weiter auspressen kann.

Peter Wespi will die Anzahl Schüler pro Klasse nicht unter diesen Durchschnitt drücken.

Abstimmung über das Eintreten zum B+A: Voranschlag 2012, 2. Version (Nr. 284/12)
Mit 23:7 Stimmen, bei 2 Enthaltung, wird auf den B+A eingetreten.

Aakti, Brahim	ja
Berger, Rita	nein
Bienz, Bruno	ja
Bienz, Viktor	ja
Bolzern, Caroline	nein
Bründler, Anton	ja
Camenisch, Rätö	ja

Erni, Roger	nein
Fluder, Hans	ja
Frey, Maurus	ja
Graber, Kathrin	ja
Hahn, Alex	nein
Heini, Martin	ja
Heiz, Martin	ja
Kalt, Mirjam	ja
Kaufmann-Wolf, Christine	ja
Koch, Patrick	Enthaltung
Konrad, Simon	nein
Lammer, Thomas	nein
Luthiger, Judith	ja
Maldonado, Jennifer	ja
Marbacher, Monika	ja
Müller, Ursula	ja
Nyfeler, Nicole	ja
Otte, Michael	Enthaltung
Portmann, Peter	ja
Schwizer, Roland	ja
Tanner, Beat	nein
Tschümperlin, Erich	ja
Urfer, Mario	ja
Wespi, Peter	ja
Wicki Roth, Verena	ja

Detailberatung

S. 5 Antrag Punkt 2

Simon Konrad, namens der FDP-Fraktion, führt aus, dass die Verteilung der Lohnsumme ein operativer Prozess ist. Strategisch will man keine Leute über 55 benachteiligen. Sollte dies der Fall sein, muss die Geschäftsführung das Lohnsystem anpassen. Für die FDP-Fraktion ist es, trotz der ganzseitigen Rechtfertigung, nicht nachvollziehbar, wie in der momentanen Situation die Lohnerhöhung über denjenigen von Stadt und Kanton liegen kann und beantragt ein Lohnerhöhung um 1 %.

Gemäss Judith Luthiger präsentierte Beat Schwander an der FGK-Sitzung den Lohnvergleich. Die Fragen wurden beantwortet. Die Sprechende ist überzeugt, dass Beat Schwander die Fakten aufgezeigt hat, er darf nämlich nichts anderes. Die Löhne liegen 3,72 % unter dem Landesindex. Die Mitarbeitenden der Gemeinde haben nicht nur in den letzten drei Jahre keine Lohnerhöhung erhalten, sondern auch in den Jahren 2005 und 2006. Es wurde immer viel weniger ausgeglichen, als nötig gewesen wäre. Die Sprechende findet es wichtig, dass eine Wertschätzung erbracht wird. Sie hofft, dass der Einwohnerrat dieser moderaten Lohnerhöhung zustimmt.

Kathrin Graber ist sehr enttäuscht von Simon Konrad. Es sind sehr deutliche Worte des Personalchefs. Sie denkt, dass eine Lohnerhöhung nicht nur eine Wertschätzung ist, sondern dass sie bitter nötig ist. Von der SGK hört man immer, dass es schwierig ist, die guten Leute zu behalten. Die Gemeinde Kriens muss konkurrenzfähig bleiben. Zudem muss das Personal einen grossen Beitrag an die Sanierung der Pensionskasse bezahlen. In diesem Bereich besteht ganz klar Handlungsbedarf.

Thomas Lammer hält fest, dass die Teuerung in der Schweiz 0,7 % beträgt.

Erich Tschümperlin ist der Meinung, dass auch die über 50-Jährigen eine Lohnerhöhung erhalten sollen. Die jüngeren Mitarbeitenden stellt man zu tieferen Löhnen ein. Erhalten diese keine Lohnerhöhung, laufen sie der Gemeinde Kriens davon. Vielleicht kann noch jemand etwas darüber sagen, wie viel ein Wechsel die Gemeinde kostet. Der Sprechende weiss, dass das in der Firma, in der er arbeitet sehr teuer ist. Er findet es nicht richtig, wenn man in einem Jahr nach Luzern schaut und im andern nach Buttisholz, je nach dem, wie es gerade passt. Wenn schon, sollte man allgemeine Vergleiche ziehen. Seines Wissens hat die Wirtschaft im letzten Jahr höhere Lohnerhöhungen ausgezahlt. Dazu kommt, dass sich die Mitarbeitenden an der Sanierung der Pensionskasse beteiligen, wofür sie wirklich nichts können.

Nach Paul Winiker hat es sich der Gemeinderat nicht leicht gemacht. Vermutlich wäre er auf 1 % zurück gegangen, hätten die Mitarbeitenden nicht zum dritten Mal eine Nullrunde. Er ist der Meinung, dass das nicht vertretbar ist. Der Gemeinderat wird im Verlauf des Jahres das Lohnsystem überprüfen. Es ist wichtig, dass die Löhne erhöht werden, sonst laufen die jungen Mitarbeitenden wirklich davon.

Abstimmung über den Antrag der FDP, Lohnerhöhung 1%

Der Antrag der FDP wird mit 8:23 Stimmen, bei einer Enthaltung, abgelehnt.

Aakti, Brahim	Antrag GR, 1,5 %
Berger, Rita	Antrag FDP, 1 %
Bienz, Bruno	Antrag GR, 1,5 %
Bienz, Viktor	Antrag GR, 1,5 %
Bolzern, Caroline	Antrag FDP, 1 %
Bründler, Anton	Antrag GR, 1,5 %
Camenisch, Rätö	Enthaltung
Erni, Roger	Antrag FDP, 1 %
Fluder, Hans	Antrag GR, 1,5 %
Frey, Maurus	Antrag GR, 1,5 %
Graber, Kathrin	Antrag GR, 1,5 %
Hahn, Alex	Antrag FDP, 1 %
Heini, Martin	Antrag GR, 1,5 %
Heiz, Martin	Antrag GR, 1,5 %
Kalt, Mirjam	Antrag GR, 1,5 %
Kaufmann-Wolf, Christine	Antrag GR, 1,5 %
Koch, Patrick	Antrag GR, 1,5 %
Konrad, Simon	Antrag FDP, 1 %
Lammer, Thomas	Antrag FDP, 1 %
Luthiger, Judith	Antrag GR, 1,5 %
Maldonado, Jennifer	Antrag GR, 1,5 %
Marbacher, Monika	Antrag GR, 1,5 %
Müller, Ursula	Antrag GR, 1,5 %
Nyfeler, Nicole	Antrag GR, 1,5 %
Otte, Michael	Antrag FDP, 1 %
Portmann, Peter	Antrag GR, 1,5 %
Schwizer, Roland	Antrag GR, 1,5 %
Tanner, Beat	Antrag FDP, 1 %
Tschümperlin, Erich	Antrag GR, 1,5 %

Urfer, Mario	Antrag GR, 1,5 %
Wespi, Peter	Antrag GR, 1,5 %
Wicki Roth, Verena	Antrag GR, 1,5 %

Der Beschlusstext lautet wie folgt:

1. *Die laufende Rechnung für das Jahr 2012*

mit einem Gesamtaufwand von Fr. 169'455'400
und einem Gesamtertrag von Fr. 166'835'200

somit einem Mehraufwand von Fr. 2'620'200

und die Investitionsrechnung für das Jahr 2012 mit

Investitions-Ausgaben von Fr. 18'559'000
und Investitions-Einnahmen von Fr. 3'215'000

d.h. mit Netto-Investitionen von Fr. 15'344'000

werden genehmigt, ausgenommen diejenigen Investitionen in der Investitionsrechnung, für die dem Einwohnerrat ein separater Bericht und Antrag zu unterbreiten ist.

2. *Der Gemeinderat wird ermächtigt, das erforderliche Fremdkapital zu beschaffen.*

3. *Die Einwohnergemeindesteuer für das Jahr 2012 wird auf 1.90 Einheiten festgelegt, unverändert.*

4. *Die Feuerwehrsteuer für das Jahr 2012 wird auf 2 ‰ festgelegt (unverändert).*

5. *Die Beschlüsse gemäss den vorstehenden Ziffern 1 bis 4 unterliegen dem fakultativen Referendum.*

Abstimmung über den Beschlusstext des B+A: Voranschlag 2012, 2. Version (Nr. 284/12):
Der Beschlusstext wird mit 18:11 Stimmen, bei 3 Enthaltungen, genehmigt.

Aakti, Brahim	Enthaltung
Berger, Rita	nein
Bienz, Bruno	nein
Bienz, Viktor	ja
Bolzern, Caroline	nein
Bründler, Anton	ja
Camenisch, Rätö	ja
Erni, Roger	nein
Fluder, Hans	ja

Frey, Maurus	nein
Graber, Kathrin	ja
Hahn, Alex	nein
Heini, Martin	ja
Heiz, Martin	ja
Kalt, Mirjam	nein
Kaufmann-Wolf, Christine	ja
Koch, Patrick	Enthaltung
Konrad, Simon	nein
Lammer, Thomas	nein
Luthiger, Judith	ja
Maldonado, Jennifer	ja
Marbacher, Monika	ja
Müller, Ursula	ja
Nyfeler, Nicole	Enthaltung
Otte, Michael	nein
Portmann, Peter	ja
Schwizer, Roland	ja
Tanner, Beat	nein
Tschümperlin, Erich	ja
Urfer, Mario	ja
Wespi, Peter	ja
Wicki Roth, Verena	ja

Johanna Dalla Bona dankt dem Sachverständigen und verabschiedet ihn.

Pause von 16:00 Uhr – 16:20 Uhr

7. Bericht und Antrag: Teilrevision Ortsplanung: Umzonung Areal Pan- Gas 2. Lesung Nr. 219/11

Gemäss Johanna Dalla Bona handelt es sich bei diesem Geschäft um die zweite Lesung. Deshalb findet keine Eintretensdebatte mehr statt. Christine Kaufmann-Wolf begibt sich bei diesem Geschäft in den Ausstand.

Martin Heiz stellt namens der Baukommission fest, dass sich gegenüber der ersten Lesung materiell nichts geändert hat. Deshalb geht es heute vorwiegend um die Behandlung der nicht erledigten Einsprachen. Zum Bericht und Antrag wurden einige Fragen gestellt, wie beispielsweise ob ein Wettbewerb durchgeführt wurde. Es wurden Konzepte und Studien gemacht, welche beim Bebauungsplan vorgestellt und gezeigt wurden. Zudem wollte man wissen, ob die erhaltenswerten Gebäude geschützt sind. Dies ist mittels Gestaltungsplan erfolgt. Weiter wurde die Frage aufgeworfen, ob eine Beurteilung dieses Projektes durch ein Gremium stattgefunden hat. Die Fachgruppe Kulturobjekte Kriens, die Denkmalpflege wie auch der Inner-schweizer Heimatschutz waren in dem Verfahren beteiligt. Es wurde auch gesagt, dass man das Ganze eher grossräumiger ansehen müsste und dass man hier nicht im Gebiet des Hochhauskonzeptes liegt und man 1-2 Geschosse weniger hoch bauen könnte. Im Allgemeinen fand man das Projekt aber gut. Bei den Einsprachen 4.1, 4.2 und 4.3 folgt man dem Gemeinderat und ist mit 6 Ja-Stimmen bei einer Enthaltung für die Abweisung. Bei den Einsprachen 4.4 und 4.5 ist man einstimmig für die Abweisung. Der Beschlusstext wird mit 5:2 Stimmen angenommen.

Gemäss Martin Heiz war die SVP-Fraktion schon bei der ersten Lesung für Eintreten und wird auch bei der zweiten Lesung dafür sein. Während der ganzen Budgetdebatte wurde darüber diskutiert, Mehreinnahmen zu generieren. Der Antrag um weniger Geschosse gibt wieder Verzögerungen und eine Überarbeitung des Projekts. Somit wird der Investor behindert und es entstehen Mehrkosten. Diese Mehrkosten würde der Investor der Gemeinde „aufhalsen“. Deshalb wird der Antrag der Grünen nicht unterstützt.

Monika Marbacher, namens der CVP/JCVP-Fraktion, stellte mit Erstaunen fest, dass der Gemeinderat die Anliegen aus der ersten Lesung bezüglich des 8-stöckigen Gebäudes und die Bedenken zur Änderung des Bau- und Zonenreglements nicht aufgenommen hat. Die zentrale Frage der Fraktion schwankte deshalb zwischen Durchwinken oder Rückweisen des B+A.

Dass es unüblich sei, ein Geschäft an der zweiten Lesung zurückzuweisen, ist ein schwaches Argument. Denn sonst kann man sich fragen, weshalb es eine erste Lesung braucht. Die Volksmotion bezüglich des Eichhof-Hochhauses lehnte die CVP/JCVP-Fraktion grossmehrheitlich ab, nur handelte es sich dabei um ein zonenkonformes Geschäft. Kann es wirklich geduldet werden, dass Investoren in Kriens ein nicht zonenkonformes Projekt einfach bewilligt bekommen, während die Anwohner auf der Strecke bleiben? Schliesslich hätte es genügend Platz zugunsten weniger Stockwerke. Kann es sich die Gemeinde Kriens leisten, die Einsprachen der Anwohner einfach zu bodigen und die Bedenken aus der ersten Lesung zu ignorieren? Die Umzonung ist ein entscheidender Schritt für das Quartier und kann im Rahmen des Baubewilligungsverfahrens nur noch marginal abgeändert werden. Der Einsprecher Silvio Boschian hat es auf den Punkt gebracht, indem er forderte, den Planungssperimeter auf sein Grundstück auszudehnen. Auch die CVP/JCVP-Fraktion ist für Verdichtung nach innen. Ohne Strategie eine „Lex Pan Gas“ zu veranstalten, ist aber nicht akzeptabel. Da wird einem Unternehmen eine grösstmögliche Rendite für das eingesetzte Kapital auf Kosten eines einheitlichen Landschaftsbildes ermöglicht. Deshalb ist es sinnvoll, die Gesamtrevision der Ortsplanung abzuwarten. Der Mehrheit der Fraktion gefällt das Projekt nach wie vor. Anlässlich der ersten Lesung äusserte man, man solle Teilrevisionen ermöglichen, wenn ein Bauprojekt reif ist, um die Bauherrschaft nicht auf eine Totalrevision verträsten zu müssen. Dazu steht die CVP/JCVP-Fraktion. Das Projekt ist ohne die geforderten Anpassungen aus der ersten Lesung und dem Ignorieren der Anliegen der Anwohner nicht reif. Daher kann die CVP/JCVP-Fraktion den B+A für eine Teilrevision der Ortsplanung nicht gutheissen und beantragt einstimmig die Rückweisung des B+A.

Thomas Lammer hält fest, dass die FDP-Fraktion der Vorlage vollumfänglich und einstimmig zustimmt. Nach wie vor überzeugt das Projekt, bei dem die alten Industriebauten teilweise erhalten bleiben und in die neue Baustruktur integriert werden. Der Einwand, dass die Gebäudehöhe zu hoch sei, insbesondere an diesem Ort, ist zu wenig stichhaltig. Weniger hoch würde bedeuten, dass ein zusätzliches Gebäude erstellt würde, welche den grossen Freiraum zwischen den einzelnen Gebäuden minimieren würde. Der Bauherr würde also die Ausnutzung beibehalten, aber halt das Projekt verändern. Die Baukommission konnte diese Variante betrachten, sie hat aber nicht überzeugt. Die FDP-Fraktion wird sowohl bei der Behandlung der einzelnen Einsprachen, wie auch für die gesamte Vorlage im Sinne des Gemeinderates stimmen.

Gemäss Mario Urfer hatte auch die SP-Fraktion kritisch über die Aufzoning diskutiert. Im Jahr 2009 war die SP für Eintreten und stimmte dem Bebauungsplan zu. Die SP bleibt nun mehrheitlich dabei und steht für verdichtetes Bauen. Man möchte aber nicht in die Breite verdichten. Eine damalige Projektierung „Variante 1, Überbauung nach der aktuellen Bauzone“ schnitt am schlechtesten ab. Es würde viel Grünraum verloren gehen. Es sollte besser in die Höhe gebaut werden mit einem guten qualitativen Grünraumkonzept. Die zugängliche Freifläche schafft ein freundliches Lebensumfeld, das genutzt werden kann von Kindern für Freizeit und Spiel. Das sind wichtige Kriterien für Familienzuzüger, wie auch der ideale Standort, Nähe zur Schule und Zentrum und ein ÖV-Anschluss. Die SP möchte dem Gemeinderat beliebt machen, dass er bei allen zukünftigen grösseren Wohnüberbauungen im Grünraumkonzept Einfluss ausübt, dass Pflanzungsplätze oder Kleingärten geplant und integriert werden, nach dem Motto „vom Schrebergarten zum Urban Farming“. Da die Bauten hoch sind, erwartet man eine sehr hohe qualitative Bauweise, die auch optisch integrierend zu den Industriebauten sind. Mit dem Gestaltungsplan ist die Qualität sicherzustellen. Mit dem Projekt entsteht aber auch eine neue Verkehrssituation, denn es wird ein grösseres Fahrtenaufkommen geben. Die SP will den Mehrverkehr in geregelten Bahnen wissen und deshalb ist eine gute Lösung für die Ein- und Ausfahrten und die oberirdischen Parkplätze zu finden. Mit der Schellenmatt, Schweighof und anderen Überbauungen wird sich das Gebiet entwickeln und das Dorf Kriens wird städtisch. Eine für die SP wichtige Frage bleibt offen: Wann kommt der Verkehrsrichtplan? Etwa erst wenn alle Bauprojekte verwirklicht sind? Die SP-Fraktion genehmigt mehrheitlich den vorliegenden B+A und die Abweisungen der Einsprachen.

Maurus Frey, namens der Grünen, ist enttäuscht, dass der Gemeinderat nach den kritischen Voten der ersten Lesung nichts an der Vorlage geändert hat. Die Grüne-Fraktion steht dem Projekt weiterhin kritisch gegenüber. Man schätzt die Erhaltung der schützenswerten Bauten sowie die grüne und luftige Umgebungsgestaltung. In dieser Hinsicht ist das Projekt sehr vorbildlich und hebt sich positiv von anderen Projekten ab, bei welchen nicht annähernd so viel Rücksicht auf die bestehenden Strukturen und die Wohnqualität genommen wird. Die herausragende Frage ist aber, ob dies der richtige Standort für solch hohe Bauten ist. In der Strategie zur räumliche Entwicklung der Gemeinde Kriens hat man vor weniger als einem Jahr festgelegt, dass bestehende Zentren weiter offensiv verdichtet werden sollen, in den peripheren Wohnquartieren jedoch weiterhin in zurückhaltender Höhe gebaut werden soll. Nun möchte man diese Strategie bereits wieder über Bord werfen. Die Grünen sind überzeugt, dass in der Detailberatung ein guter Kompromiss möglich ist, welcher die Umsetzung des Projektes nicht verhindert, aber auch Rücksicht auf eine sinnvolle, nachhaltige Quartierentwicklung nimmt. Die Grüne-Fraktion ist einstimmig für Eintreten.

Matthias Senn äussert, dass auch in der Baukommission über das Vorgehen diskutiert wurde und weshalb kein Wettbewerb vorgenommen wurde. Beim Beginn der ganzen Planung war man zusammen mit dem Ortsplaner der Meinung, dass man dies mit einem Bebauungsplan lösen kann und dies der richtig Weg ist. Dies entspricht auch der Strategie S6 „Grössere Um- und Einzonungen nur mit Bebauungskonzepten“. Dieses Vorgehen wurde damals gewählt und man ist zusammen mit der Denkmalpflege, der Kommission schützenswerte Kulturobjekte und mit dem Ortsplaner zum Schluss gekommen, dass diese Variante die höchste Qualität hat. Was passiert nun, wenn zwei Geschosse weniger hoch gebaut werden darf? Hat der Grundeigentümer Anspruch auf die Ausnützungen, wie sie vorliegen? Die Geschossfläche ist gegeben. Wenn nun zwei Geschosse weniger gebaut werden dürfen, rückt das ganze Projekt wieder auf Feld 1. Der Sprecher ist überzeugt, dass dies ein gutes Projekt ist und dankt, dass man mehrheitlich dahinter steht.

Martin Heiz ist der Meinung, dass der Rückweisungsantrag der CVP/JCVP-Fraktion in der zweiten Lesung nicht mehr möglich ist, da an der ersten Lesung über das Eintreten oder eine Rückweisung entschieden wird. An der ersten Lesung zum vorliegenden B+A wurde das Eintreten beschlossen. Über eine Rückweisung kann nun nicht mehr abgestimmt werden.

Johanna Dalla Bona hält fest, dass es gemäss Art. 32 Abs. 2a der Geschäftsordnung des Einwohnerrates möglich ist, nach dem Eintreten über eine Rückweisung eines Geschäftes zu diskutieren, wenn man damit nicht einverstanden ist.

Abstimmung Rückweisungsantrag CVP

Der Rückweisungsantrag wird mit 23:7 Stimmen abgelehnt.

Aakti, Brahim	ja
Berger, Rita	nein
Bienz, Bruno	nein
Bienz, Viktor	ja
Bolzern, Caroline	nein
Bründler, Anton	nein
Camenisch, Räto	nein
Erni, Roger	nein
Fluder, Hans	nein
Frey, Maurus	nein
Graber, Kathrin	ja
Hahn, Alex	nein
Heini, Martin	nein
Heiz, Martin	nein
Kalt, Mirjam	nein
Koch, Patrick	nein
Konrad, Simon	nein
Lammer, Thomas	nein
Luthiger, Judith	nein
Marbacher, Monika	ja
Müller, Ursula	ja
Nyfeler, Nicole	nein
Otte, Michael	nein
Portmann, Peter	nein
Schwizer, Roland	ja
Tanner, Beat	nein
Tschümperlin, Erich	nein
Urfer, Mario	nein
Wespi, Peter	nein
Wicki Roth, Verena	ja

Detailberatung

Seite 11 – Antrag Änderungen BZR

Maurus Frey erläutert, dass dies mit Bestimmtheit nicht die letzte Diskussion um höheres Bauen in Kriens sein wird. Man ist es den Krienser und Krienserinnen schuldig, diesbezüglich eine klare, nachvollziehbare Strategie zu gehen und nicht bei jedem neuen Bauwerk etwas Neues „hinzuwursteln“. Entscheidungen, wo hohes Bauen zweckmässig ist und wo nicht, weckt immer Emotionen. Auf der einen Seite will man in gewissen Gebieten verdichtet bauen,

ohne die Wohnqualität des betroffenen Quartiers zu verschlechtern. Auf der anderen Seite muss man aber auch so konsequent sein und die Höhe von Bauwerken dort beschränken, wo sie nicht hinpassen und das Ortsbild und die Lebensqualität negativ beeinträchtigen. Eine sinnvolle Richtlinie für die Ortsentwicklung bildet die Strategie zur räumlichen Entwicklung der Gemeinde Kriens, welche gemeinsam verabschiedet wurde. Gemäss dieser Strategie ist ein so hoher Bau an einer peripheren Lage wie auf dem PanGas-Areal nicht vorgesehen und auch nicht nachhaltig. Gemäss dem Leitsatz im Absatz Siedlungsraum 2 „Räumliche Entwicklung auf Nachhaltigkeit ausgerichtet“ sollen bauliche Verdichtung und allenfalls Umzonungen an zentralen Lagen vorgenommen werden, und nicht wild verteilt in Randgebieten.

Des Weiteren muss in bestehenden Siedlungsräumen (Absatz Siedlungsraum 3 „Bestehendes Siedlungsgebiet wird differenziert betrachtet“) die Zulässigkeit von Hochhäusern kritisch betrachtet werden. Diese kritische Betrachtung hat hier nicht stattgefunden. Unter dem Titel Siedlungsraum 3 steht zudem: „Die Zulässigkeit von hohen Häusern und Hochhäusern wird gestützt auf das regionale Hochhauskonzept definiert.“ streng nach Planungs- und Baugesetz (PBG) gemessen, handelt es sich hier zwar nicht um ein Hochhaus. Mit einer Dachkantenhöhe von 25,5 m „kratzt“ das Gebäude auf jeden Fall den Tatbestand der Hochhausmarke von 22 m. Wenn hier nun argumentiert wird, dass es sich bei diesem Gebäude um kein Hochhaus im eigentlichen Sinn handelt, ist das juristische Haarspaltereie, welche den Bürgern nur schwer zu erklären ist. Zudem definiert das Hochhauskonzept Hochhäuser unter anderem wie folgt: „Hochhäuser sind als solche erkennbar, sobald sie sich im Umfeld in signifikanter Art durch eine Mehrhöhe auszeichnen.“ Die Gebäudehöhe muss dabei im Verhältnis zur Umgebung und dem Standort betrachtet werden. Im bestehenden Quartier erfüllt das Gebäude auch in diesem Sinn den Tatbestand eines Hochhauses. Das Konzept scheidet dieses Gebiet nicht als für hohes Bauen geeignet aus. Für die Grünen ist es klar, dass das Gebäude in der vorgeschlagenen Höhe nicht strategiekonform ist und nicht einfach mit einer Umzonung realisiert werden kann. Man kann sich beim Entscheid zur Volksmotion Eichhof nicht auf das Hochhauskonzept und die Entwicklungs-Strategie berufen und diese bei diesem Projekt hier gänzlich ignorieren. Da die Grünen dem Projekt ansonsten positiv gegenüber stehen, schlägt man als Kompromiss vor, die zulässige maximale Höhe des Bauwerkes um zwei Stockwerke, auf 19,2 Meter, zu reduzieren. Jeder andere Entscheid eröffnet bei zukünftigen Bauwerken Tür und Tore für irgendwelche Willkürentscheide. Weder die Strategie zur räumlichen Entwicklung, noch das regionale Hochhauskonzept rechtfertigen die hohen Bauten in diesem Quartier. Der Sprecher bittet deshalb, den Antrag der Grünen zu unterstützen.

Toni Bründler ist der Meinung, dass der Antrag der Grünen etwas quer in der Landschaft liegt und bittet inständig, diesen abzulehnen. Es sind immer die Grünen, welche für verdichtetes Bauen und gegen Einfamilienhaus-Zonen sind. Wenn es um Eigeninteressen geht, werden Einsprachen gemacht.

Maurus Frey erwidert, dass die Grünen nicht gegen verdichtetes Bauen sind. Man hat aber eine Strategie und die Aufgabe ist es, Leitplanken zu setzen. Die Aufgabe des Einwohnerrates ist es, die Bürger zu vertreten und nicht die Investoren. Bei der Entwicklung des Gebietes Mattenhof wird man hohe Bauten unterstützen, sowie auch beim Eichhof. Beim vorliegenden Projekt ist es aber nicht strategiekonform und nachhaltig.

Judith Luthiger erkundigt sich, ob der Investor mit der Planung nochmals beginnen muss, wenn der Kompromissvorschlag der Grünen angenommen wird. Oder kann er mit der Planung weitermachen, einfach mit zwei Geschossen weniger?

Matthias Senn antwortet, dass bei diesem Fall ein neuer Gestaltungsplan eingegeben und das Bebauungskonzept neu entworfen werden müsste. Gemäss PBG gelten Bauten von über 22 Meter als Hochhaus. Sobald ein Haus höher ist, braucht es andere Sicherheitskonzepte. Für die Investoren lohnt es sich eigentlich nicht, ein Haus über 25 Meter zu bauen.

Ursula Müller äussert, dass alle Fraktionen Einwände zu diesen acht Stockwerken hatten. Sie ist deshalb enttäuscht, dass im B+A nichts darüber erwähnt wurde. Es geht um das korrekte Vorgehen und nicht um etwas zu verhindern. Sie wird den Antrag der Grünen unterstützen.

Maurus Frey fragt, ob ein Attika-Geschoss möglich ist, wenn im Zonenplan 6 Stockwerke festgehalten sind.

Gemäss Matthias Senn ist das in diesem Falle nicht möglich. Für ein zusätzliches Attika-Geschoss benötigt es andere Bestimmungen. Für den Gemeinderat ist es schwierig, wenn der Einwohnerrat Äusserungen macht, aber niemand einen Antrag stellt. Wieso wurde an der ersten Lesung keinen Antrag bezüglich der Höhe gestellt? Solche Anträge sollten jeweils in der ersten Lesung gestellt werden. Es ist schwierig, wenn in der zweiten Lesung Bestimmungen geändert werden müssen.

Patrick Koch hält fest, dass beim verdichteten Bauen weniger Land verbaut wird. Wenn aber in die Breite gebaut wird, wird mehr Land verbaut. Er versteht deshalb den Einwand der Grünen überhaupt nicht.

Kathrin Graber gibt Matthias Senn Recht, dass bereits in der ersten Lesung Anträge gestellt werden sollen. Man wird dies in Zukunft so berücksichtigen. Wenn man das betreffende Protokoll liest, haben alle Fraktionen Anliegen angebracht. Der zentrale Punkt waren die acht Stockwerke. Der Gemeindeammann äusserte damals, dass er diese Anliegen entgegennimmt. Man hat ein gewisses Vertrauen, dass dies nochmals seriös geprüft wird. Beim vorliegenden B+A ist man aber mit keinem Wort auf das Anliegen des Einwohnerrates eingegangen. Der Auftrag der ersten Lesung wurde nicht erfüllt.

Martin Heiz hat etwas Mühe mit dem Verhalten der CVP-Fraktion. Welche Interessen vertreten diese? Vertreten sie die Partei oder die Einsprecher? Er appelliert an die CVP, keine Eigeninteressen zu berücksichtigen. Seiner Meinung nach ist ein Rückweisungsantrag gemäss Geschäftsordnung des Einwohnerrats nicht richtig.

Viktor Bienz stellt einen Ordnungsantrag um Ende der Diskussion.

Monika Marbacher fragt Martin Heiz, welche Eigeninteressen er damit meint, denn sie stellt keine fest.

Abstimmung Ordnungsantrag Ende der Diskussion
Der Ordnungsantrag wird mit 16:10 Stimmen angenommen.

Aakti, Brahim	Enthaltung
Berger, Rita	Nein / Dagegen
Bienz, Bruno	Nein / Dagegen
Bienz, Viktor	Ja / Dafür
Bolzern, Caroline	Enthaltung
Bründler, Anton	Ja / Dafür
Camenisch, Rätö	Ja / Dafür
Erni, Roger	Nein / Dagegen
Fluder, Hans	Ja / Dafür
Frey, Maurus	Nein / Dagegen
Graber, Kathrin	Ja / Dafür
Hahn, Alex	Ja / Dafür
Heini, Martin	Nein / Dagegen
Heiz, Martin	Ja / Dafür
Kalt, Mirjam	Nein / Dagegen
Koch, Patrick	Ja / Dafür
Konrad, Simon	Nein / Dagegen
Lammer, Thomas	Ja / Dafür
Luthiger, Judith	Nein / Dagegen
Marbacher, Monika	Ja / Dafür
Müller, Ursula	Ja / Dafür
Nyfeler, Nicole	Enthaltung
Otte, Michael	Ja / Dafür
Portmann, Peter	Ja / Dafür
Schwizer, Roland	Ja / Dafür
Tanner, Beat	Enthaltung
Tschümperlin, Erich	Nein / Dagegen
Urfer, Mario	Nein / Dagegen
Wespi, Peter	Ja / Dafür
Wicki Roth, Verena	Ja / Dafür

Abstimmung Antrag GR (8 Geschosse) gegenüber Antrag Frey (6 Geschosse)
Mit 16:12 Stimmen wird dem Antrag GR zugestimmt.

Aakti, Brahim	Antrag Frey, 485.2 müM
Berger, Rita	Antrag GR, 491.5 müM
Bienz, Bruno	Antrag Frey, 485.2 müM
Bienz, Viktor	Antrag Frey, 485.2 müM
Bolzern, Caroline	Antrag GR, 491.5 müM
Bründler, Anton	Antrag GR, 491.5 müM
Camenisch, Rätö	Antrag GR, 491.5 müM
Erni, Roger	Antrag GR, 491.5 müM
Fluder, Hans	Antrag GR, 491.5 müM
Frey, Maurus	Antrag Frey, 485.2 müM
Graber, Kathrin	Antrag Frey, 485.2 müM
Hahn, Alex	Antrag GR, 491.5 müM
Heini, Martin	Antrag GR, 491.5 müM
Heiz, Martin	Antrag GR, 491.5 müM
Kalt, Mirjam	Antrag Frey, 485.2 müM
Koch, Patrick	Antrag GR, 491.5 müM
Konrad, Simon	Antrag GR, 491.5 müM

Lammer, Thomas	Antrag GR, 491.5 müM
Luthiger, Judith	Enthaltung
Marbacher, Monika	Antrag Frey, 485.2 müM
Müller, Ursula	Antrag Frey, 485.2 müM
Nyfelner, Nicole	Antrag Frey, 485.2 müM
Otte, Michael	Antrag GR, 491.5 müM
Portmann, Peter	Antrag GR, 491.5 müM
Schwizer, Roland	Antrag Frey, 485.2 müM
Tanner, Beat	Antrag GR, 491.5 müM
Tschümperlin, Erich	Antrag Frey, 485.2 müM
Urfer, Mario	Enthaltung
Wespi, Peter	Antrag GR, 491.5 müM
Wicki Roth, Verena	Antrag Frey, 485.2 müM

Viktor Bienz ist selber Mitglied der Kommission, welche die Revision der Ortsplanung begleitet. Er stellt den Antrag, dass der Gemeinderat das Gebiet grossräumiger anschauen soll.

Guido Solari erwidert, dass eine konkrete Vorlage für die Umzonung vorliegt. Diese kann nicht mit einer Absichtserklärung erweitert werden. Bei der Ortsplanung können aber Anträge gestellt werden.

Erich Tschümperlin schlägt vor, einen Vorstoss dazu einzureichen.

Martin Heiz informiert als Präsident der Ortsplanungskommission, dass die Ortsplanung abgeschlossen wurde und die Kommission nicht mehr dazu tagt. Es wurde ein Bericht zuhanden des Gemeinderates verfasst. Das bereits Beschlossene wird nicht mehr geändert. Die nächste Gelegenheit um etwas einzubringen, ist an der ersten Lesung im Einwohnerrat.

Johanna Dalla Bona geht davon aus, dass Viktor Bienz seinen Antrag anlässlich der ersten Lesung stellen oder einen entsprechenden Vorstoss einreichen wird.

Viktor Bienz bestätigt dies und nimmt dies so entgegen.

Johanna Dalla Bona verliest den Beschlusstext:

1. *Die Änderung des Bau- und Zonenreglements vom 31. August 2000 und des entsprechenden Teilzonenplanes gemäss vorstehendem Bericht und Antrag des Gemeinderates vom 14. Dezember 2011 wird festgesetzt.*
2. *Folgende Einsprachen werden gemäss Ausführungen im Bericht abgewiesen:*
 - *Einsprache der Geschwister Baumgartner vom 16. Juni 2011*
 - *Einsprache von Danila Bumbacher-Boschian vom 15. Juni 2011*
 - *Einsprache von Maria Stücheli-Moll vom 13. Juni 2011*
 - *Einsprache Silvio Boschian vom 7. Juni 2011*
 - *Einsprache der Stockwerkeigentümer Spychematt Kriens vom 6. Juni 2010*

3. Der Gemeinderat wird beauftragt, den Einsprechenden den Beschluss gemäss Ziffer 2 mit dem Rechtsmittelhinweis nach § 63 Absatz 3 BZR mitzuteilen.
4. Der Beschluss gemäss Ziffer 1 ist zu veröffentlichen.
5. Die vorstehenden Änderungen des Bau- und Zonenreglements und des entsprechenden Teilzonenplans sind dem Regierungsrat zur Genehmigung zu unterbreiten.
6. Ziffer 1 dieses Beschlusses unterliegt dem fakultativen Referendum.

Abstimmung zum Beschlusstext

Mit 17:12 Stimmen wird dem Beschlusstext zugestimmt.

Aakti, Brahim	nein
Berger, Rita	ja
Bienz, Bruno	nein
Bienz, Viktor	nein
Bolzern, Caroline	nein
Bründler, Anton	ja
Camenisch, Rätö	ja
Erni, Roger	ja
Fluder, Hans	ja
Frey, Maurus	nein
Graber, Kathrin	nein
Hahn, Alex	ja
Heini, Martin	ja
Heiz, Martin	ja
Kalt, Mirjam	nein
Koch, Patrick	ja
Konrad, Simon	ja
Lammer, Thomas	ja
Luthiger, Judith	Enthaltung
Marbacher, Monika	nein
Müller, Ursula	nein
Nyfeler, Nicole	ja
Otte, Michael	ja
Portmann, Peter	ja
Schwizer, Roland	nein
Tanner, Beat	ja
Tschümperlin, Erich	nein
Urfer, Mario	ja
Wespi, Peter	ja
Wicki Roth, Verena	nein

8. Motion Erni: Schulhaus Gabeldingen; Gesamt-Sanierung für langfristige Nutzung Nr. 268/11

Dieses Geschäft wird abtraktandiert.

9. Postulat Konrad: Klassengrössen

Nr. 270/11

Gemäss Johanna Dalla Bona ist der Gemeinderat bereit, das Postulat zu überweisen. Sie fragt, ob jemand der Überweisung opponiert.

Mirjam Kalt opponiert der Überweisung. Die Grünen sind der Ansicht, dass der Gemeinderat mit dem Antrag auf Überweisung ein falsches Signal setzt. Es war immer und ist immer noch klar, dass eine Erhöhung der Klassenbestände aus pädagogischer Sicht keinen Sinn macht und auch in Anbetracht der Durchschnittszahlen im Vergleich zum Kanton nicht drin liegt. Dies wurde schon mehrmals und von mehreren Personen und Kommissionen diskutiert und dargelegt, sei es durch die Bildungskommission, die Schulvorsteherin oder den Rektor der Schule. Es scheint, dass der Postulant diese Realitäten ignorieren will. Ein Bericht erzeugt einen Mehraufwand und bringt Informationen, die bereits vorhanden sind. Zudem stellt die Sprecherin die Hypothese auf, dass der Bericht nichts an der Tatsache ändern wird, dass man mit den Klassengrössen bereits am oberen Limit angelangt ist. In diesem Sinne stimmen die Grünen gegen die Überweisung des Postulats.

Simon Konrad dankt dem Gemeinderat, dass er sein Postulat entgegennehmen möchte. Es ist ihm bewusst, dass nicht das erste Mal über die Klassengrössen diskutiert wird. Seine Frage ist, wie gross die Auswirkungen einer Erhöhung oder Senkung der Klassenbestände ist und was dies für den Schulbetrieb bedeutet.

Gemäss Monika Marbacher wurde dieser Vorstoss von der Bildungskommission behandelt. Diese stimmt der Überweisung des Vorstosses einstimmig zu. Die Klassengrössen werden seit Beginn der Legislatur bei jeder Budgetfrage im Bereich Bildung aufgeworfen. Die Erläuterungen zu dieser Frage genügen offenbar nicht und deshalb macht es Sinn, einen Bericht zu erstellen. Die BiK will aber festgehalten haben, dass man die Qualität der Schule nicht vergessen soll und die kantonalen Richtlinien zu den Klassengrössen eingehalten werden sollen.

Judith Luthiger erläutert, dass auch die SP-Fraktion der Überweisung opponiert. Das Postulat ergibt lediglich einen weiteren Bericht ohne Nutzen. Man versteht nicht, weshalb der Gemeinderat den Vorstoss entgegennehmen möchte. Klassenbestände auf ein folgendes Schuljahr um 0,5 oder 1 Kind zu erhöhen, bedeutet, dass Klassenzüge auseinandergerissen werden müssten. In der Vergangenheit hat man dermassen oft in der BiK und auch in der FGK von Rektor Markus Buholzer die Klassengrössen eingehend mit Dokumentationen erklärt bekommen und darüber diskutiert, so dass sich ein weiterer schriftlicher Bericht dazu erübrigt. Wieso braucht es einen Bericht, wenn die Klassengrössen nicht erhöht werden sollen? Zudem ist der Vorstoss total einseitig. Der Postulant fragt nur nach finanziellen und schulbetrieblichen Auswirkungen. Ist sich der Postulant bewusst, welche Auswirkungen die Umsetzung von grösseren Klassen noch hat? Man muss gemäss Gesetz zwingend IF einführen und ist an den Schulen Kriens auf gute Rahmenbedingungen angewiesen. Wenn man an den Quartierschulhäusern festhalten möchte, ist es auch schwieriger, ausgeglichene Klassen zu machen. Die SP lehnt die Überweisung des Postulates ab.

Christine Kaufmann-Wolf stellt fest, dass die Klassenbestände immer wieder ein Thema bei der Budgetdebatte ist. Die Auswirkungen und Konsequenzen wurden schon viele Male aufgezeigt und diskutiert. Trotzdem ist die CVP/JCVP-Fraktion für die Überweisung des Postulates, da man möchte, dass alle die Berichterstattung nachlesen können und zur Einsicht kommen.

Martin Heini ist der Meinung, dass bei einem Bericht mit mittel- bis längerfristigen Betrachtungen auch sozialpädagogische Aspekte einbezogen werden müssen. Es geht um Krienser Schülerinnen und Schüler. Man ist keine private Schule, welche Werbung mit Klassengrößen macht. Dies ist ein sehr heikles Thema.

Helene Meyer-Jenni führt aus, dass der Gemeinderat bei der Frage um Überweisung oder Ablehnung des Postulats in einem Dilemma war. Die Frage ist, ob es dem Postulant um einen Bericht und die Überlegungen geht oder um die Zielrichtung einer Erhöhung der Klassenbestände. Da das Postulat sehr kurz ist, besteht formal keinen Grund, eine Berichterstattung abzulehnen. Wenn das Postulat eine Erhöhung der Klassenbestände forderte, wäre die Diskussion im Gemeinderat anders ausgegangen. Die Sprecherin verweist auf die zwei letzten Absätze der Begründung. Der Gemeinderat wird die Zusammenhänge in einem Bericht aufzeigen. Die Sprecherin verhehlt es nicht, dass es bei der Berichterstattung Ressourcen braucht. Sie betont nochmals, dass der Gemeinderat lediglich für eine Berichterstattung ist, nicht aber für eine Erhöhung der Klassenbestände. Dieses Thema ist höchst sensibel.

Abstimmung

Das Postulat wird mit 22:8 Stimmen überwiesen.

Aakti, Brahim	nein
Berger, Rita	ja
Bienz, Bruno	nein
Bienz, Viktor	ja
Bolzern, Caroline	ja
Bründler, Anton	ja
Camenisch, Rätö	ja
Erni, Roger	ja
Fluder, Hans	ja
Frey, Maurus	nein
Graber, Kathrin	ja
Hahn, Alex	ja
Heini, Martin	nein
Heiz, Martin	ja
Kalt, Mirjam	nein
Kaufmann-Wolf, Christine	ja
Koch, Patrick	ja
Konrad, Simon	ja
Lammer, Thomas	ja
Luthiger, Judith	nein
Marbacher, Monika	ja
Müller, Ursula	ja
Nyfeler, Nicole	nein
Otte, Michael	ja
Portmann, Peter	ja
Schwizer, Roland	ja
Tanner, Beat	ja
Tschümperlin, Erich	Enthaltung
Urfer, Mario	nein

Wespi, Peter	ja
Wicki Roth, Verena	ja

10. Bericht Postulat Tanner: Einführung flächendeckende Tarifzone 10 für die Gemeinde Kriens Nr. 236/11

Beat Tanner dankt dem Gemeinderat für den Bericht zum Postulat. Es freut ihn, dass der Gemeinderat auch der Meinung ist, dass die bestehende Tarifgestaltung nicht anwenderfreundlich ist. Der Sprecher bezeichnet die Tarifgestaltung in seinem Postulat sogar als unfair. Er ist enttäuscht, dass der Verkehrsverbund die Möglichkeit einer Vereinfachung des Zonensystems nur prüfen will und eine Umsetzung zeitlich hinausgeschoben wird. Er ist der Meinung: „Wo ein Wille ist, ist ein Weg.“ Er hofft, dass der Gemeinderat gegenüber dem Verkehrsverbund auf das Gas tritt. Offenbar werden Zonenänderungen von „Gewinner-Verlierer-Problemik“ abhängig gemacht. Das heisst, ein neuer Zonenplan wird wohl unfair bleiben und nicht auf betriebswirtschaftlichen Kriterien basieren. Der Sprecher ist sehr erfreut, dass sich der Gemeinderat einsetzen wird, die Zonen auf das tiefste Niveau zu senken, wenn immer möglich kostenneutral oder ohne grösseren Kostenfolgen. Ebenso findet er es toll, dass sich der Gemeinderat für eine klare und benutzerfreundliche Tarifgestaltung einsetzt, denn so wird der öffentliche Verkehr für Krienser attraktiver.

Gemäss Martin Heini hat die Umwelt- und Sicherheitskommission (USK) den Bericht des Gemeinderates positiv zur Kenntnis genommen. Man begrüsst die Forderungen nach Verbesserung und Vereinfachung in der Tarifzonenlegung. Dies kann die Gemeinde Kriens aber nicht im Alleingang entscheiden. Es arbeitet der ganze Gemeindeverbund mit.

Toni Bründler stellt einmal mehr fest, dass Kriens auf dem „Abstellgleis“ steht und nicht so gut wie andere Gemeinden bedient wird. Der Gemeinderat hat nun ausgeführt, dass er sich vermehrt einsetzen wird.

Ursula Müller, namens der CVP/JCVP-Fraktion, ist der Meinung, dass eine Anpassung der Tarifzonen benutzer- und kundenfreundlicher wäre. Die Linie 1 ist die best frequentierteste Linie im VBL-Verbund. Momentan benötigt eine Person, die im Obernau wohnhaft ist, zwei Tarifzonenkarten, wenn sie Richtung Obergrund oder nur bis Bellpark fährt. Dazu kommt die Möglichkeit mit dem Postauto und da benötigt die gleiche Person, wenn sie vom Eichhof oder Pilatusplatz bis zur Bushaltestelle Feldmatt im Obernau fährt nochmals eine andere Zonenkarte. Das Handling für so eine Vielfalt an Fahrtenkarten ist nicht ganz trivial und wirklich nicht kundenfreundlich. Die jetzigen Billettautomaten werden wieder benutzerfreundlicheren Modellen weichen.

Gemäss Bruno Bienz sind die Grünen mit dem Fazit des Gemeinderates einverstanden. Man muss auch beim Verkehrsverbund stetig Druck machen, damit eine entsprechende Revision des bestehenden Tarifzonenmodells baldmöglichst durchgeführt wird. Das heutige Tarifmodell ist nicht nur unfair, sondern es ist auch nicht kundenfreundlich. Es sollte doch möglich sein, eine flächendeckende Tarifzone einzuführen. Dazu gehört auch das Obernau sowie die Kuo-nimatt. Heute braucht es vier Zonenbillette um in Luzern, Kriens und Horw mit dem öV he-

rumzufahren. Da will man Gemeinden fusionieren und bringt es aber nicht fertig, grosszügige Zonengrenzen zu machen. Der Verkehrsverbund teilt mit, dass das Bedienen der neuen Billettautomaten einfacher wird. Das wäre wirklich zu wünschen. Diese Automaten sind alles andere als einfach zu bedienen. Viele Menschen, vor allem Ältere, haben Mühe damit. Bis der Automat endlich das Billet ausspuckt, ist der Bus meistens schon weg. Auch wissen viele Kunden nicht, was man lösen muss. Die finanzielle Begründung des Verkehrsverbundes überzeugt nicht. Man könnte das Ganze locker einheitlicher gestalten und die Preise kostenneutral einmitten.

Cyrell Wiget ist froh, dass Einsicht vorhanden ist. Man wird intensiv Gespräche mit dem Verkehrsverbund führen und ein guter Draht zur operativen Leitung finden. Es bestehen Probleme, das System zu durchblicken. Die Antwort des Verkehrsverbundes ist nicht zufriedenstellend, denn man kann sich nicht einfach hinter dem finanziellen Aspekt verstecken. Die Meinung ist, dass das System einfacher werden soll.

Gemäss Johanna Dalla Bona liegt der Gegenstand des Postulats im Kompetenzbereich des Gemeinderates. Daher gilt es mit diesem Bericht als erledigt.

11. Bericht Postulat Tanner: Änderung Verteilungsschlüssel Kostenanteil Gemeinden (50 %) öffentlicher Verkehr Nr. 237/11

Beat Tanner dankt dem Gemeinderat für den guten Bericht. Es ist ihm klar, dass die Zusammenarbeit aus einem „Geben und Nehmen“ besteht und der Kostenteiler eine gewisse Solidarität verlangt, welche aber nicht strapaziert werden darf. Die Optimierungen der Linie 71 „Luzern – Eigenthal“ sind auch unter Solidarität einzuordnen. Primär profitieren die Ausflugsgäste und nicht die Krienser Bevölkerung. Weiter führt die Gemeinde Kriens noch andere Buslinien, welche zum Teil auch unter Solidarität fallen. Was dem Sprecher sauer aufgestossen ist, ist dass in den Beiträgen an Infrastrukturmassnahmen auch das Projekt Tiefbahnhof Luzern aufgeführt ist. Aus Sicht des Sprechers ist dies eine Intercityverbindung, welche zu Lasten des Kantons Luzern finanziert werden soll. Nun passiert auch in diesem Bereich eine Kostenüberwälzung vom Kanton zu den Gemeinden. Das Tiefbahnhofprojekt ist sehr gut und wichtig, nur so kann ein starkes S-Bahnnetz aufgebaut werden. Aber der Tiefbahnhof ohne S-Bahnprojekte ist sicher Sache des Kantons. Der Sprecher hofft, dass der Gemeinderat diese Meinung auch vertritt. Er freut sich sehr, dass sich der Gemeinderat für weitere Doppelgelenkbusse stark macht und permanent den Druck auf den Verkehrsverbund aufrecht hält. Ebenfalls teilt er die Meinung, dass ein gerechterer Kostenteiler auch mit besseren Infrastruktur- und Optimierungsmassnahmen erreicht werden könnte. Das Angebot muss für die Bevölkerung attraktiv sein. Er ist auch gespannt, was eine mögliche Einführung der Linie 3 bringen würde. Was für ihn nicht in Frage kommt, ist dass der Taktfahrplan zwischen Busschleife und Obernau ausgedünnt wird. So würde das Angebot für die Bevölkerung im Oberdorf und im Obernau verschlechtert.

Gemäss Martin Heini unterstützt die Umwelt- und Sicherheitskommission diesen Bericht und die dargelegten Bestrebungen des Gemeinderates. Man begrüsst es, wenn die höher ausgefallene finanzielle Beteiligung bei der Neugestaltung des Verteilschlüssels Mehrwert bringen

würde. Das Potenzial ist da, die Buslinie 1 noch effizienter zu gestalten, um so den öV-Teilnehmenden etwas zu bieten.

Bruno Bienz, namens der Grünen, ist es sich bewusst, dass die Verteilschlüssel prinzipiell nie zu 100 % gerecht sind. Es kommt aber der Verdacht auf, dass Kriens in hohem Masse benachteiligt wird. Man möchte wissen, wofür der Mehrbetrag von 200'000 Franken ist. Dieser ist sicher nicht für einen besseren Takt ins Eigenthal und der neue Quartierbus am Sonntag. Die wichtigen Versprechungen (Taktverdichtung, Doppelgelenkbusse, Tangentiallinien usw.) stehen immer noch in den Sternen. Nicht zu vergessen ist, dass die Linie 1 mit über 9 Millionen Fahrgästen (Stand 2009) mit Abstand die frequenzstärkste Buslinie im Kanton ist. Da ist man klar der Meinung, dass die Probleme mit den Kapazitäten auf der Linie 1 bei einem um 200'000 Franken höheren Anteil zu wenig berücksichtigt werden. Man ist sicher bereit, für den öV zu bezahlen, aber die Leistung dafür muss auch stimmen. Die Grünen erwarten vom Gemeinderat ein beharrliches Lobbying für Kriens.

Cyрил Wiget erklärt, dass sich die im 2009 vorgelegte Planung massiv verzögerte. Man hat relativ wenig von der Linie 11 vom Sonnenberg an den Bahnhof, 190-Personen-Bus usw. gespürt. Dies wurde dem Verkehrsverbund so mitgeteilt. Bis dahin ist man davon ausgegangen, dass dies so eingeführt wird. Die Version einer Tangentiallinie wird geprüft. Dies läuft darauf hinaus, dass der Takt bei der Linie 1 dünner wird. Für den Gemeinderat ist das Ganze unklar. Entsprechende Besprechungen mit dem Verkehrsverbund stehen an. Gemäss einer mündlichen Aussage werden einige zusätzliche Doppel-Gelenkbusse angeschafft. Bis diese aber bestellt sind, geht es viel zu lange. Immerhin wurden weitere Verbesserungen beim Taktfahrplan ins Eigenthal eingeführt und seit letztem Dezember ist neu eine Umsteigeverbindung vom Schwarzenberg nach Malters vorhanden.

Gemäss Johanna Dalla Bona liegt der Gegenstand des Postulats im Kompetenzbereich des Gemeinderates. Daher gilt es mit diesem Bericht als erledigt.

12. Bericht Postulat Urfer: Mitwirkung für eine Tangentiallinie (Buslinie), über das Renggloch Nr. 198/11

Mario Urfer hält fest, dass die SP-Fraktion zur Erkenntnis gekommen ist, dass es nicht schadet, eine „offene Tür einzurennen“. Man stösst sich nicht an ihr, sondern höchstens an dem, was dahinter steht. Der Kanton behandelt Kriens verkehrsmässig stiefmütterlich. Man wird viel zu wenig berücksichtigt. Die Sanierung und der Ausbau der Rengglochstrasse war bis jetzt im Topf C, also bis auf weiteres nach 2018 geplant. Die Situation hat sich aber geändert. Wegen örtlichen Absenkungen und Rissen auf der Fahrbahn wird der Verkehr neu einspurig geführt und die Sanierung ist neu in den Topf B der Programmperiode 2015 bis 2018 aufgenommen worden. Das würde heissen, die Rengglochstasse bleibt in den nächsten drei Jahren nur mit Hindernissen befahrbar. Hat der Gemeinderat dazu neue Erkenntnisse? Für die Verkehrsstrategie im "Agglomerationsprogramm Luzern 2. Generation" sind die Schlüsselmassnahmen einerseits der Tiefbahnhof, welcher sicher eine Verbesserung für die Gemeinden mit S-Bahn-Anschluss sein wird, und andererseits der Bypass, der helfen soll, die Stadt vom motorisierten Individualverkehr zu entlasten und somit der Busverkehr optimiert werden kann.

Das sind langfristige Planungen und ob sie realisiert werden können, steht noch in den Sternen. Dazu kommt, dass im Richtplan 09 keine S-Bahnverbindung von Kriens nach Bahnhof Luzern vorgesehen ist. Für Kriens wird der Trolleybus noch eine Weile das Rückgrat des öV bleiben. Wie aus den Medien am 24. Januar entnommen werden konnte, plant der Verkehrsverbund einen radikalen Konzeptwechsel mit dem Projekt "Agglomobil Due". Geplant ist eine Linie 3 von Kriens nach Bahnhof Emmenbrücke. Damit soll eine Tangentiallinie geschaffen werden, wo es Zusteigende hat. Dies ist aus Sicht des Verkehrsverbundes nachvollziehbar. Der Zeithorizont der öV-Optimierung für Kriens ist 2015 bis 2018. Die Buspriorisierung, die neue Linie 3, die Fahrplanverdichtung und die Kapazitätserhöhung mit mehr Doppelgelenkfahrzeugen werden mittelfristig Verbesserungen bringen. Angedacht ist aber auch die Linie 1 bis nach Ebikon zu führen. Dies wäre aber eine Verschlechterung für die Linie 1 in Kriens. Mit der Verlängerung der Linie ist die Zuverlässigkeit und Fahrplanstabilität noch viel weniger gewährleistet. Die Kantonsstrasse durch Kriens wird die Hauptachse des gesamten Verkehrs bleiben. Laut Prognosen der Verkehrsentwicklung wird das Wachstum des MIV und öV bis im Jahr 2030 rund 15 bis 20 % betragen. Also werden die mittelfristigen Massnahmen wieder im Stau versanden. Deshalb ist für die SP-Fraktion das letzte Wort betreffend Tangentiallinie über das Renggloch noch nicht gesprochen. Der Ausbau für den MIV und den öV über das Renggloch kann und muss das Kriensertal entlasten. Langfristig brauchen alle Verkehrsverantwortlichen Visionen und Mut für neue Lösungen. Die SP-Fraktion anerkennt die geleistete Arbeit des Gemeinderates. Dieser muss am Ball bleiben und darf sich nicht vom Kanton austrippln lassen.

Gemäss Martin Heini konnte man vor zwei Tagen in der Zeitung lesen, wie es betreffend Tangentiallinie weitergeht. Der Gemeinderat kann sich beim Verkehrsverbund einbringen. Er kann aber nicht alleine handeln. Die Umwelt- und Sicherheitskommission (USK) geht mit dem Anliegen des Gemeinderates einig, dass eine neue Tangentiallinie keine Verschlechterung für die Linie 1 bedeuten darf. Es gilt auch abzuwägen, ob ein zusätzlicher Bus dort fahren soll, wo die Kunden sind oder ob sich ein Tangentialbus antizyklisch bewegen soll und über das Renggloch nach Littau und Emmenbrücke fährt. Die USK folgt der Ansicht und den Massnahmen des Gemeinderates.

Räto Camenisch bezieht sich auf die Aussage von Mario Urfer, wonach Kriens vom Kanton stiefmütterlich behandelt wird. Im Planungsbericht über den öffentlichen Verkehr im Kanton Luzern wird Kriens nur mit einem Wort erwähnt. Es ist eine Katastrophe, wie man mit Kriens umgeht. Dies wird er nächste Woche im Kantonsrat erwähnen. Kriens braucht einen S-Bahn-Anschluss und eine Tangentiallinie. Gemäss Verkehrsverbund soll eine Tangentiallinie über den Pilatusplatz und nicht über das Renggloch erfolgen. Das ist aber nicht das, was Kriens braucht.

Patrick Koch führt aus, dass die SVP-Fraktion für die Überweisung des Postulats ist, damit die Strasse über das Renggloch endlich neu gebaut wird. Die enge Strasse ist für den Langsamverkehr äusserst gefährlich. Es gefiert ihm jeweils das Blut in den Adern, wenn er auf dem Drahtesel sitzend im Renggloch von einem LKW überholt wird. Leider ist die Realisierung der Radverkehrsanlage, die einen Ausbau der Strasse bedingt, im Agglomerationsprogramm des Kantons erst von 2015 bis 2018 vorgesehen. Aber vielleicht wird die Natur in diesem sehr steilen und rutschgefährdeten Gebiet dem Kanton eine andere Priorisierung der Projekte aufdrängen.

Kathrin Graber äussert, dass einem das stiefmütterliche Behandeln des Kantons zu denken geben kann. Die Gemeinde muss sich deshalb überlegen, was man anders oder besser machen kann. Es besteht Handlungsbedarf in der aktiven Position im Standortwettbewerb. Die Forderung nach einer Tangentiallinie über das Renggloch ist kein neues Thema. Die CVP/JCVP-Fraktion ist überzeugt, dass nach neuen Massnahmen gesucht werden muss, damit die Obernauer- und Luzernerstrasse vom Verkehr entlastet werden können. Daher hat die CVP/JCVP-Fraktion bereits im September 2008 mit einem Postulat eine solche Bus-Tangentiallinie von Kriens nach Littau und Emmen gefordert. Dieser Vorstoss wurde an der Einwohnerratssitzung vom 27. November 2008 oppositionslos überwiesen. Dementsprechend wird die Realisierung von Tangentiallinien vom Gemeinderat jeweils in der politischen Gesamtplanung bzw. im Aufgaben- und Finanzplan vorgesehen. Erfreulicherweise war in der Zeitung vom Dienstag zu lesen, dass aufgrund des Kosten- und Nutzen-Verhältnisses die Tangentiallinie via Pilatusplatz bald realisiert werden soll. Dort könnten mehr Kundinnen und Kunden profitieren als bei einer Linie über das Renggloch. Man bittet den Gemeinderat, sich für eine möglichst rasche Realisierung dieser Tangentiallinie beim Verkehrsverbund, soweit dies aus Sicht der Krienser Finanzen tragbar ist, einzusetzen. Man ist überzeugt, dass damit der öffentliche Verkehr als Pendler-Verkehrsmittel attraktiver wird und dadurch das Verkehrsproblem teilweise entschärft werden kann.

Maurus Frey, namens der Grüne-Fraktion, teilt das Fazit des Gemeinderates. Man ist überzeugt, dass die öV-Experten des Verbands öffentlicher Verkehr mit der Einführung der Tangentiallinie 3 zum Seetalplatz ein grösseres Optimum für die gesamte Agglomeration erreichen, als mit einer Überlandverbindung nach Malters oder Littau. Sorgen bereitet einzig die voraussehbare lange Wartezeit für den Ausbau. Man vermutet keine Realisierung vor Ende 2013. Wie viele andere Kassen ist auch die öV-Kasse des Kantons leer. Es ist viel Geld in den Aufbau eines aktuell noch sehr rudimentären Luzerner S-Bahn-Netz investiert worden. Die letzte grössere Investition zu Gunsten von Kriens wurde vor Jahren mit der Einführung von drei Tazewurm-Bussen getätigt. Seither hat sich ausser den Fahrgastzahlen der Linie 1 nicht mehr viel bewegt. Neid, Minderwertigkeitskomplex und Exklusiv-Forderung bringen Kriens nicht weiter. Nur wenn Kriens seine Interessen geschickt mit den Interessen der anderen Agglomerationsgemeinden paaren kann, kann man mittelfristig eine bessere Verkehrsanbindung von Kriens erwirken. Die Grünen nehmen den Bericht positiv zur Kenntnis.

Alex Hahn stellt fest, dass man eine neue Linie 3 plant, die via Pilatusplatz nach Emmenbrücke führt. Im Gegensatz zu der Linie via Renggloch bietet sie mehr Einsteigemöglichkeiten und befördert so mehr Passagiere. Ein Nachteil ist allerdings der Pilatusplatz, der nach wie vor Staupotenzial bietet und somit auch ein Rückstau von Linienbussen verursachen kann. Grundsätzlich überwiegen aber die Vorteile der geplanten Linie 3.

Cyрил Wiget dankt, dass man sich für die Attraktivität des öV in Kriens einsetzt. Er wehrt sich für die Aussage betreffend zu wenig Lobbying, denn er denkt, dass Kriens gutes Lobbying macht. Die Liste mit den Massnahmen ist um Jahre nach hinten gerutscht. Dies hat den Gemeinderat gefrustet. Die ursprüngliche Idee einer Tangentiallinie über das Renggloch war sicher schlau. Das Potenzial ist aber grösser, wenn man nicht so weit aussen durchfährt. Die Linie 1 fährt über die überlastete Bahnhofstrasse. Dies ist tatsächlich der Zentralismus, welcher das ganze Bussystem behindert. Wenn man einen Takt 3 dazwischen schieben kann, wäre das für Kriens wirklich ein Gewinn.

Gemäss Johanna Dalla Bona liegt der Gegenstand des Postulats im Kompetenzbereich des Gemeinderates. Daher gilt es mit diesem Bericht als erledigt.

13. Bericht Postulat Müller: Verkehrssicherheit auf der Motelstrasse mit Tempo 30 Nr. 195/10

Ursula Müller dankt dem Gemeinderat für den Bericht. Das Lastwagenverbot ist unbestritten. Sie hofft, dass die entsprechenden Tafeln dafür so bald als möglich aufgestellt werden, da es seit dem Gespräch mit betreffenden Anwohnern dieses Quartiers 1 ½ Jahre her ist und die Sorge um die Sicherheit der Kinder die Hauptmotivation hinter dem Vorstoss ist. Mit dem Tempo 30 tut man sich schwer und das bedauert die Sprecherin sehr. Aus früheren Protokollen ist zu entnehmen, dass die Motelstrasse als Erschliessungsstrasse für das Quartier gebaut wurde und nicht als Zufahrtsstrasse für den Schlundkreisel, wie sie sich im Laufe der Zeit entwickelt hat. Das Anbringen der gestalterischen Massnahmen, um damit eine Verlangsamung des Verkehrs zu erzielen, verlangt nochmals Geduld, da alle neuen Investitionen aus dem Budget 2012 gestrichen worden sind. Die Sprecherin hofft, dass sich die Verkehrssituation für die Bewohner und Bewohnerinnen des Quartiers verbessert und sich zu ihrer Zufriedenheit und vor allem zur grösstmöglichen Sicherheit entwickelt. Der Schlund erfreut sich einer grossen Bautätigkeit, wie am Beispiel Schellenmatt zu sehen ist. Damit möchte man viele neue Steuerzahlende auf Kriens holen. An neuen Wohnlagen muss das Umfeld und die Wohnqualität stimmen. Neue Bewohnende erwarten an ihrem neuen Wohnmittelpunkt in Kriens Qualität und vor allem grösstmögliche Sicherheit. Von der Gemeinde wird verlangt, dass sie sich für dieses Anliegen und Forderungen einsetzt und damit achtsam umgeht. Besonders wenn sich die Erwartung erfüllen sollte, dass mit neuem Wohnraum mehr und bessere Steuerzahlende angelockt werden.

Gemäss Martin Heiz kann die Baukommission mit dem Lastwagenverbot leben. Die Kommission ist sich einig, dass zum heutigen Zeitpunkt die Beleuchtung kein Thema ist. Bei einer allfälligen Bepflanzung muss man aber auch auf den darunter liegenden Autobahndeckel Rücksicht nehmen. Die Führung von Fussgänger und Velo wird als etwas unlogisch empfunden. Mit der Antwort des Gemeinderates kann man leben. Das Thema ist somit für die Baukommission erledigt.

Patrick Koch stellt fest, dass die Stellungnahme der Dienststelle Verkehr und Infrastruktur des Kantons Luzern (vif) klar und deutlich ist: Die Motelstrasse eigne sich nicht für die Einführung von Tempo 30. Auch seien die gesetzlichen Vorgaben nicht gegeben usw. Die SVP-Fraktion ist hoch erfreut, dass sich neben den Quartierbewohnern nun auch die kantonale Fachstelle klar gegen Tempo 30 ausspricht. Weiter stellt der Verkehrsingenieur in seinem Gutachten korrekt fest, dass die Motelstrasse in erster Linie eine verkehrorientierte und keine reine siedlungsorientierte Strasse sei. Deshalb hat man die Erbauer der Wohnsiedlung Schellenmatt, die Erbegemeinschaft Baumgartner bzw. den Generalunternehmer Eberli, dazu angehalten, die Erschliessung der Siedlung nicht über die Motelstrasse zu machen. Zudem war man der Meinung, dass die öffentliche Motelstrasse nicht nur als Erschliessungsstrasse der Wohnsiedlung dienen darf. Eine öffentliche Strasse darf nicht für Eigeninteressen von Grund-

stückbesitzern missbraucht werden. Der Verkehrsgutachter stellt fest, dass eine Abweichung von der allgemeinen Höchstgeschwindigkeit Tempo 50 nicht begründet werden kann. Schliesslich sind Fussgänger und Radfahrende durch einen separaten Rad-/ Gehweg getrennt von der Strasse geführt. Aus Sicherheitsgründen drängt sich somit Tempo 30 ebenfalls nicht auf. Die SVP unterstützt jedoch die rasche Umsetzung des Lastwagenverbotes, da die breiteren Lastwagen beim Befahren der Motelstrasse den Veloweg touchieren. Grosses Kopfschütteln hat die Aussage des Gemeinderates in der SVP-Fraktion ausgelöst, wonach die Motelstrasse eine siedlungsorientierte Funktion haben soll. Auf welche Fakten sich der Gemeinderat hier abstützt, ist absolut schleierhaft. Die nun geforderte Beleuchtung ist überflüssig. Ist dies etwa sparen? Die Strasse ist durch Restlicht des nahegelegenen Industriequartiers genug ausgeleuchtet. Wenn sich die Postulantin über Lärmimmissionen und Schadstoffbelastungen beklagt, so müsste sie auch die Problematik der Lichtverschmutzung thematisieren. Bauliche Massnahmen oder, schöner formuliert, gestalterische Massnahmen findet man unangemessen und viel zu teuer. Bäume gehören auf die Wiese oder in den Wald und nicht mitten auf die Strasse. Dass die Verkehrssituation nach Vorliegen eines Gutachtens und der Stellungnahme des vif beim Erarbeiten des Gesamtverkehrskonzeptes nochmals überprüft werden soll, findet man eine „Schnapsidee“. Die SVP-Fraktion verfolgt die weitere Entwicklung mit Argusaugen.

Alex Hahn äussert, dass sich die FDP-Fraktion mit dem Lastwagenverbot einverstanden erklären kann, nicht aber mit dem Tempo 30. Die Motelstrasse ist übersichtlich genug für Tempo 50, zudem entspricht sie für eine Temporeduktion nicht den Vorgaben des Kantons.

Maurus Frey bemerkt, dass die Motelstrasse in der Entwicklungsstrategie ESP Schlund als „beschränkte Verkehrsachse“ geplant wurde. Die „durchzügige“ Gestaltung der Strasse hat diese Klassifizierung zur Plan-Makulatur gemacht. Das vif war massgeblich an der Ausarbeitung der ESP Schlund beteiligt. Seiner Meinung nach hat das vif seinen Job nicht gemacht. Wozu werden Strategien und Planungen erstellt? Die Grünen freut es, dass der Gemeinderat Gegensteuer geben und den Durchzugscharakter der Strasse mit baulichen Massnahmen beruhigen will. Die Grünen sind auch der Auffassung, dass mit baulichen Massnahmen mehr erreicht werden kann als mit Tempo 30. Im Gegensatz zum Verkehringenieur schätzt man die Trennung zwischen Rad-/Gehweg und der Strasse als ungenügend ein. Hier braucht es weitere Verbesserungsmassnahmen zu Gunsten der Sicherheit von Fussgängern und Radfahrern.

Peter Wespi stellt fest, dass es nur noch Tempo 20 und 30 gibt, wenn es nach den Grünen gehen soll. Der Sprecher ist ebenfalls für das Lastwagenverbot. Bauliche Veränderungen mit Pflanzen und Bäumen ist für die Verkehrssicherheit ein Nachteil. Dies sollte zuerst beim Verkehrsplaner abgeklärt werden.

Bruno Bienz stellt richtig, dass die Grüne-Fraktion äusserte, dass eine Tempo 30-Zone bei der Motelstrasse nicht angebracht ist.

Matthias Senn dankt für die Akzeptanz des Lastwagenverbots. Er ist überzeugt, dass nicht das letzte Mal über die Motelstrasse debattiert wurde. Bei der Strassen-Beleuchtung handelt es sich um eine LED-Lampe. Dadurch wird die Strasse besser ausgeleuchtet.

Gemäss Johanna Dalla Bona liegt der Gegenstand des Postulats im Kompetenzbereich des Gemeinderates. Daher gilt es mit diesem Bericht als erledigt.

14. Bericht Postulat Piazza: Geld sparen mit gemeinsamem Telefonie-Abonnement - Anschluss der Gemeinde Kriens an den Telefonie-Vertrag des Kantons Luzern Nr. 228/11

Viktor Bienz dankt stellvertretend von Daniel Piazza für den Bericht. Die CVP/JCVP-Fraktion freut sich über die Umsetzung des Postulates, was der Gemeinde ein jährliches Sparpotenzial von geschätzten mindestens 18'000 Franken bringt. Das sind ungefähr 8 bis 12 % der Telefonkosten, die dabei nach Schätzungen des Kantons eingespart werden können. Dies, wie bereits im Postulat erwähnt, ohne Qualitätseinbussen oder Änderungen für die Telefonbenutzenden der Verwaltung. Es geht nur darum, dass alle Gemeinden zusammen mit dem Kanton bei der Swisscom einen Vertrag aushandeln, der für alle Gemeinden und den Kanton Einsparungen bringen wird. Damit wird der gesamte Telefonverkehr zwischen den Gemeinden und dem Kanton neu gratis werden. Auch der Kanton Luzern hat nachweislich aufgrund des Postulates in Kriens und seinen Auswirkungen auf den Kanton das Informatik-Budget um 200'000 Franken gesenkt.

Gemäss Johanna Dalla Bona liegt der Gegenstand des Postulats im Kompetenzbereich des Gemeinderates. Daher gilt es mit diesem Bericht als erledigt.

15. Postulat Konrad: Kostendeckungsgrad Heime Kriens Nr. 269/11

Gemäss Johanna Dalla Bona ist der Gemeinderat bereit, das Postulat zu überweisen. Sie fragt, ob jemand der Überweisung opponiert.

Brahim Aakti opponiert der Überweisung.

Simon Konrad hält fest, dass man im Rahmen des Budgetprozesses Aufstellungen erhalten hat, wie die Heime Kriens Verbuchungen vornehmen und kalkulatorische Zinse berechnen. Dabei wurden sehr grosse Fehlbeträge festgestellt. Deshalb hat der Sprecher eine Anfrage gestartet, wo diese Kosten in den Heimen Kriens versteckt sind. Die Heime zahlen schlechte Löhne. Die Frage ist, weshalb trotzdem so hohe Kosten entstehen.

Gemäss Brahim Aakti opponiert die SP-Fraktion dem Vorstoss. Der Postulant begründet seinen Vorstoss damit, dass die Heime Kriens die laufende Rechnung der Gemeinde im Budget 2012 mit rund einer halben Million Franken belasten würden. Wie die Begründung des Gemeinderates klar aufzeigt, handelt es sich dabei um eine Missinterpretation der Zahlen. In Wirklichkeit erwirtschaften die Heime einen Gewinn von 833'000 Franken zugunsten der laufenden Rechnung. Das heisst, die Heime Kriens arbeiten mehr als nur kostendeckend und entlasten damit die laufende Rechnung. Es stellt sich nun die Frage, was ein weiterer Bericht

seitens des Gemeinderates aufzeigen soll? Der Postulant möchte sehen, wie aus Sicht des Gemeinderats die Heime kostendeckend geführt werden können. Die Heime Kriens werden aber bereits kostendeckend geführt. Der Postulant begründet sein Anliegen mit einem vermeintlichen Fehlbetrag der Heime und der Gemeinderat berichtigt bereits die Missinterpretation des Zahlenmaterials. Es stellt sich immer noch die Frage, was ein weiterer Bericht aufzeigen soll? Die FDP setzt sich stets für weniger Bürokratie und einen schlanken Verwaltungsapparat ein. Es ist deshalb sicher auch im Sinne der FDP, dass unnötige Berichte gar nicht erst erstellt werden müssen. Die SP-Fraktion bestreitet deshalb, dass das Postulat überwiesen wird und dankt dem Gemeinderat für die schlanke Begründung.

Bruno Bienz führt aus, dass auch die Grünen das Postulat ablehnen. Dies ist eine Arbeitsbeschaffung für den Gemeinderat. Daher ist es für die Grünen nicht verständlich, dass der Gemeinderat die Überweisung beantragt. Es wäre wichtiger, wenn der Gemeinderat die Heime Kriens möglichst schnell in eine Spezialfinanzierung überführt. Geplant ist eine Überführung auf den 1. Januar 2014. Wieso kann diese aber nicht schon nächstes Jahr erfolgen?

Michael Otte stellt fest, dass sich die Heime Kriens mit zunehmenden regulatorischen Herausforderungen konfrontiert sehen. Der Keim dieser Herausforderungen bildet die ab dem 1. Januar 2011 in Kraft getretene Neuordnung der Pflegefinanzierung, welche die Aufteilung der Pflegekosten der obligatorischen Krankenpflegeversicherung zwischen pflegebedürftigen Personen, Krankenversicherern und Gemeinden regelt. Diese Neuordnung führt grundsätzlich zu keinen Mehrkosten im Gesamtsystem. Sie führt aber zu einer Neuverteilung der Lasten. Besonders betroffen sind dabei die Gemeinden, welche sich mit zusätzlichen finanziellen Verpflichtungen in Form von Ansprüchen der Einwohnerinnen und Einwohner konfrontiert sehen. Bemerkenswert ist jedoch die Tatsache, dass nicht alle Gemeinden mit dem gleichen finanziellen Mehraufwand konfrontiert sind. Dieser Umstand lässt sich dadurch begründen, dass die Heimtaxen entweder bereits annähernd auf Vollkostenbasis (also inklusive der von der FDP korrekt postulierten kalkulatorischen Zinsen und Abschreibungen) berechnet wurden oder ob sie politisch motiviert ohne Berücksichtigung der effektiven Kosten gestaltet wurden. Das von der FDP postulierte Anliegen ist berechtigt und genießt die Unterstützung der SVP. Für den Sprecher persönlich bleibt ein schaler Nachgeschmack, ob man diese gesamte Entwicklung nicht hätte besser voraussehen können. Dies betrifft nicht nur die Führungsequipe der Heime Kriens oder den Gemeinderat, sondern auch die Sozial- und Gesundheitskommission (SGK) und der Einwohnerrat tragen hier Verantwortung. Um eine effektive Kontrolle sicherzustellen, befasst sich die SGK zurzeit mit der Ausarbeitung eines quartalweisen Reportings der Heime Kriens, welches übersichtlich auf zwei Seiten wichtige Führungs- und Kennzahlen aufzeigt und vom Heimleiter der Heime Kriens kommentiert werden kann. Dieses Reporting wird auch kostenorientierte Kennzahlen aufweisen, ganz im Sinne des heute zur Debatte stehenden Postulats der FDP. Der Sprecher betont, dass dieses Reporting weder als Misstrauensvotum gegenüber der operativen Führungsbrigade um Guido Hübscher, noch als Einmischung in die operativen Tätigkeiten zu sehen ist. Vielmehr erlaubt es der SGK ihre politische Aufsichts- und Kontrollfunktion wahrzunehmen.

„Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser“, sagt der eine, „Kontrolle ist gut, Vertrauen ist besser“, sagt der andere. Wer hat nun Recht? Keiner, denn es braucht nämlich beides. Kontrolle ist ein fachtechnischer Vorgang in professionellen Führungsprozessen. Kontrolle ist notwendig. Ein Aufsichtsgremium, welches nicht kontrolliert oder nicht über die nötigen Informationen verfügt, um zu kontrollieren, handelt unprofessionell und verletzt die ihm zugetragene Sorgfaltspflicht. Die SVP ist überzeugt, dass mit Guido Hübscher kein Francesco Schettino

auf der Kommandobrücke der Heime Kriens steht, sondern einer der Verständnis für betriebswirtschaftliche Zusammenhänge hat und deshalb das nötige Vertrauen seitens der SVP genießt.

Kathrin Graber äussert, dass die CVP/JCVP-Fraktion gegenüber dem vorliegenden Vorstoss kritisch eingestellt ist. Auf der einen Seite impliziert der vorliegende Vorstoss, dass die Heimtaxen noch mehr erhöht werden sollen. Für die CVP/JCVP-Fraktion ist es wichtig, dass die Belastung der Pensionäre finanziell verkraftbar ist und nicht stattdessen ältere Personen deswegen wirtschaftliche Sozialhilfe (WSH) beantragen müssen. Die Zahlen aus dem Jahr 2011 sind alarmierend. Die Zahl der Personen, die in Heimen wohnen und WSH beziehen hat sich ab 1. Januar bis zum 31. Dezember 2011 von 13 Heimbewohnern auf 45 Personen erhöht und damit verdreifacht. Das kann wirklich nicht die Absicht sein. Auf der anderen Seite müssten die Heime in eine Spezialfinanzierung überführt sein, damit der kalkulatorische Zins- und Abschreibungsaufwand bei der Berechnung der Heimtaxen überhaupt berücksichtigt werden dürfte. Wenn die Spezialfinanzierung für die Heime eingeführt würde, würde sich die laufende Rechnung der Gemeinde um Fr. 860'000.00 verschlechtern. Das kann angesichts der schwierigen Situation, in der die Gemeinde steckt, ebenfalls nicht die Absicht sein. Der Gemeinderat will das Postulat entgegennehmen, damit er die Öffentlichkeit über die Kostenstrukturen der Heime Kriens informieren und allenfalls auch falsche Annahmen korrigieren kann. Nur in diesem Sinne kann die CVP/JCVP-Fraktion die Überweisung des Postulats unterstützen. Man erwartet vom Gemeinderat kein Buch als Bericht, sondern eine kurze Zusammenfassung über die wichtigsten Fakten.

Beat Tanner ist erstaunt über die Aussage, dass die Heime rentieren. Er hat Verständnis dafür, dass dies eine sehr komplizierte Finanzierung ist. Es sind falsche Erwartungen und Ideen bezüglich der Spezialfinanzierung vorhanden. Eine Spezialfinanzierung ist aber richtig. Die Pflegefinanzierung zu erhöhen, kann auch keine Lösung sein. Fakt ist, dass zu hohe Kosten bei den Heimen vorhanden sind. Entweder müssen die Taxen erhöht oder Aufwände eingespart werden.

Lothar Sidler hält fest, dass der Gemeinderat die Überweisung des Postulats beantragt. Die Diskussion zeigt, dass es Sinn macht, wenn man die Kostenstruktur der Heime unter dem Aspekt der neuen Pflegefinanzierung aufzeigt. Er bittet, den Antrag des Gemeinderates zu unterstützen. Das Lob von Michael Otte wird er dem Heimleiter gerne weiterleiten.

Abstimmung

Das Postulat wird mit 30 Stimmen überwiesen.

Aakti, Brahim	ja
Berger, Rita	ja
Bienz, Bruno	ja
Bienz, Viktor	ja
Bolzern, Caroline	Enthaltung
Bründler, Anton	ja
Camenisch, Rätö	ja
Erni, Roger	ja
Fluder, Hans	ja
Frey, Maurus	ja
Graber, Kathrin	ja

Hahn, Alex	ja
Heini, Martin	ja
Heiz, Martin	ja
Kalt, Mirjam	ja
Kaufmann-Wolf, Christine	ja
Koch, Patrick	ja
Konrad, Simon	ja
Lammer, Thomas	ja
Luthiger, Judith	ja
Marbacher, Monika	ja
Müller, Ursula	ja
Nyfeler, Nicole	ja
Otte, Michael	ja
Portmann, Peter	ja
Schwizer, Roland	ja
Tanner, Beat	ja
Tschümperlin, Erich	ja
Urfer, Mario	ja
Wespi, Peter	ja
Wicki Roth, Verena	ja

16. Postulat Graber: Verstärkte Zusammenarbeit und aktive Positionierung im Standortwettbewerb Nr. 278/11

Gemäss Johanna Dalla Bona ist der Gemeinderat bereit, das Postulat zu überweisen. Sie fragt, ob jemand der Überweisung opponiert.

Toni Bründler opponiert der Überweisung.

Gemäss Kathrin Graber steht seit der Abstimmung vom 26. November 2011 über die starke Stadtregion fest, dass Kriens eigenständig bleiben will. Das heisst aber nicht, dass die Region um Kriens herum stillsteht und sich nicht dennoch weiterentwickelt. Auch nach dem „Nein“ zur starken Stadtregion muss sich Kriens weiterentwickeln. Es stellen sich Fragen, wie die Gemeinde Kriens die strukturellen Herausforderungen als eigenständige Gemeinde in Zukunft bewältigen wird und wie sich Kriens als Gemeinde weiterentwickeln kann. Der Gemeinderat hat im Bericht zur starken Stadtregion selbst gesagt, dass der Weg der Eigenständigkeit eine intensive und kritische Suche nach weiterem Optimierungspotential innerhalb der heutigen Strukturen erfordere. In der Medienmitteilung nach der Abstimmung führte er aus, dass es grosse Anstrengungen der Gemeinde brauche, um die Zusammenarbeit mit den umliegenden Gemeinden auf anderen Ebenen zu fördern. Jetzt sind nicht nur Floskeln und schöne Worte gefragt, sondern es sind konkrete Massnahmen und Vorschläge notwendig. Man ist überzeugt, dass Kriens als eigenständige Gemeinde die Zusammenarbeit mit anderen Gemeinden für Leistungsoptimierungen und Kosteneinsparungen in neuen Bereichen vermehrt umsetzen muss. Zudem muss Kriens eine aktivere Rolle bei der Positionierung im Standortwettbewerb der Region übernehmen. Dies soll in einem konkreten Vorgehensplan aufgezeigt werden. Es wird dabei kaum genügen, wie der Gemeinderat plant, dies in eine Gesamtplanung aufzunehmen. Zwingend muss der Massnahmenkatalog dazu kommen. Man hofft daher, dass der Gemeinderat der Argumentation der Postulanten folgt und seinen schönen Worten konkrete Vorschläge zur Umsetzung und Taten folgen lässt.

Toni Bründler bemerkt, dass die grössten „Fusionsturbos“ am Tag nach der Abstimmung diesen Vorstoss einreichten. Der Gemeinderat spielt eine aktive Rolle. Es sind verschiedene Zusammenarbeiten bereits vorhanden, die funktionieren (Verkehrsverbund, REAL usw.). Muss man dem Gemeinderat mit diesem Vorstoss noch weitere Arbeit geben? Damit werden offene Türen eingerannt. Der Gemeinderat besitzt selber das Feingefühl, sich den heutigen Aufgaben zu positionieren. Er bittet, den vorliegenden Vorstoss nicht zu überweisen.

Thomas Lammer führt aus, dass die FDP bereits im 2007 im Hinblick auf das Projekt „Starke Stadtregion Luzern“ eine Umfrage unter ihren Mitgliedern durchführte. Bereits damals war eine klare Befürwortung für eine vermehrte Zusammenarbeit das Resultat dieser Umfrage. Im August 2010 hat dann die FDP eine Motion eingereicht, dass sich der Gemeinderat in der Steuerungsgruppe dafür einsetzen soll, dass ein flexibleres Kooperationsmodell untersucht wird. Damals hat die gesamte CVP-Fraktion gegen die Überweisung dieses zum Postulat umfunktionierten Vorstosses gestimmt. Die Faschnachtszeit hat begonnen. Man ist jetzt aber etwas irritiert, wie schnell die CVP den Kostümwechsel vollziehen kann und einen Vorstoss zur Kooperation und Zusammenarbeit einreicht. Natürlich hat sich die Ausgangslage verändert. Die Fusionsbemühungen sind bravourös gescheitert. Auch die Fusionsabsichten in Sursee werden nicht einmal mehr dem Volk zur Abstimmung vorgelegt. Die FDP hat an jenem besagten Abstimmungssonntag vom 27. November in ihrem Kommentar geschrieben, dass mit dem Volks-Nein zu weiteren Fusionsabklärungen nicht der Endpunkt erreicht ist. Vielmehr geht es nun darum, gezielt Kooperationen und Zusammenarbeitsmöglichkeiten zu suchen. Da die FDP-Fraktion ihre Meinung nicht geändert hat, unterstützt man das Postulat vollumfänglich.

Gemäss Judith Luthiger unterstützt die SP-Fraktion das Postulat. Das Projekt „Starke Stadtregion Luzern“ wurde abgelehnt. Jetzt muss man vorwärts schauen und überlegen wie die Zusammenarbeit verstärkt werden kann. Im Rahmen der Abklärungsphase hat sich herausgestellt, dass man mit der Zusammenarbeit gewinnen kann. Sie erwähnt die ca. 30 Zweckverbände, welchen die Gemeinde Kriens angehört. Da lässt sich sicher etwas machen, damit es nicht mehr so viele Verbände sind. Es ist nun wichtig, dass neue Resultate und Erkenntnisse entstehen.

Mirjam Kalt hält fest, dass das Postulat inhaltlich ein wichtiges Anliegen aufgreift, welches die Grünen unterstützen können. Es ist wichtig, dass sich die Gemeinde Kriens nach dem „Nein“ zur verstärkten Kooperation sowie auch zur Fusion Gedanken machen muss, in welche Richtung sie sich positioniert und wie sie die kommenden Herausforderungen angehen wird. Es muss geklärt werden, wie man die Raum- und Verkehrsplanung ganzheitlich und regional angeht, wie man den öffentlichen Verkehr regional fördert, wie man der demografischen Entwicklung und den damit zusammenhängenden Veränderungen im Wohnen, Beraten und Pflegen begegnen soll, wie man die Infrastruktur und Dienstleistungsangebote professionalisieren kann und wie man die wirtschaftlichen Entwicklungen zu Gunsten der Arbeitgebenden und Arbeitnehmenden von Kriens unterstützen kann. Die Sprecherin geht davon aus, dass dieses Anliegen bereits beim Gemeinderat deponiert sein sollte. Während des Prozesses des Projektes „Starke Stadtregion Luzern“ sind in verschiedenen Arbeitsgruppen die drei Varianten verstärkte Kooperation, Fusion und Status quo erarbeitet worden. Dabei kam immer auch zur Sprache, was es für die Gemeinde Kriens bei den heranwachsenden Herausforderungen bedeuten würde, als eigenständige Gemeinde, also ohne Kooperationsmodell und ohne Fusion, weiterzugehen. Die Sprecherin erinnert sich an eine KiZ-Sitzung, an der FlipChart-Blätter ge-

füllt wurden mit Kriterien, Themen und Herausforderungen auch im Falle einer Eigenständigkeit der Gemeinde. Sie geht davon aus, dass der Gemeinderat in seiner operativen Führungsfunktion dies alles aufgreift, weiterbearbeitet und im nächsten Legislaturprogramm zur Diskussion stellt. Dies bestätigt der Gemeinderat auch in seinem Überweisungsantrag zum Postulat. Die Grünen wollen daher explizit keinen Extra-Bericht zu diesem Postulat, sondern erwarten die Überlegungen zu diesem Thema innerhalb der politischen Gesamtplanung. In diesem Sinne überweisen die Grünen das Postulat mit einem Antrag auf Verlängerung der Bearbeitung, so dass kein spezieller Bericht erfasst werden muss, sondern in die Planung für die nächste Legislatur einfließen kann.

Kathrin Graber weist darauf hin, dass der Volkswille akzeptiert wird, auch wenn die CVP für weitere Verhandlungen stimmte. Die Ablehnung des Projekts hindert aber nicht daran, weiterzudenken. Die CVP hat schon mehrere Vorstösse betreffend Zusammenarbeit eingereicht. Kriens soll sich aktiver im Standortwettbewerb beweisen. Sie bittet daher den Vorstoss für Kriens und seine Zukunft zu überweisen.

Helene Meyer-Jenni führt aus, dass es eigenartig wäre, wenn der Gemeinderat diesen Vorstoss nicht überweisen lässt. Der Gemeinderat hat sich mehrfach mit solchen Vorstössen auseinandergesetzt. Dieser Vorstoss stellt einen Querschnittsauftrag dar. Es hat Sinn und Zweck, wenn dieser mit der politischen Gesamtplanung behandelt wird. Es soll kein zusätzlicher Bericht erstellt werden. Die Positionierung und Zusammenarbeit ist in verschiedensten Bereichen immer wieder ein Thema. Es muss nun eine Stossrichtung dargelegt werden. Zur Aussage des SVP-Sprechers bemerkt sie, dass man das Optimierungspotenzial nicht nur in der eigenen Gemeinde suchen kann, denn dies stemmt man nicht alleine. Auch massivere Verbesserungen im Bereich Verkehr kann Kriens nicht alleine bewerkstelligen. Das Ganze soll im Rahmen der Gesamtplanung aufgenommen werden. Der Gemeinderat ist nicht der Meinung, dass irgendwelche Visionen verharrt werden müssen. Die Sprecherin betont, dass dies ein sehr umfangreicher Auftrag für den Gemeinderat ist. Man darf sich nichts vormachen und erwarten, dass dies mit der nächsten Gesamtplanung konkretisiert wird. Man muss sich schrittweise annähern. Im Frühling wird eine Auslegeordnung vorgenommen und geprüft, in welchen Bereichen Prioritäten gesetzt werden, eine Chancenbeurteilung und eine Ressourcenplanung erstellt. Es können nicht mehrere Zusammenarbeitsprojekte nebeneinander lanciert werden. Der Gemeinderat beantragt die Überweisung des Postulats und sich dem Thema „Step-by-step“ anzunähern. Dies ist ein langer Prozess. Man muss berücksichtigen, dass eine neue Grundlage der Zusammenarbeit geschaffen werden muss. Die Ausgangslage dafür ist nicht schlecht, denn man ist während des Projekts „Starke Stadtregion Luzern“ näher zusammengedrückt, auch wenn die Fusionsverhandlungen gescheitert sind.

Toni Bründler attestierte dem Gemeinderat, dass er die Optimierungen aus eigener Kraft machen kann. Er sagte nicht, dass der Gemeinderat diese intern lösen müsse.

Räto Camenisch fragt, ob es ein neues Kooperationsmodell gibt, da Projekte und grössere Arbeiten erwähnt wurden. Der Gemeinderat hat schon seit Jahren die Aufgabe, die Zusammenarbeit mit anderen Gemeinden zu suchen. Dass man dies in Zukunft verstärkt machen will, kann er verstehen. Hinter dem Vorstoss steckt aber offenbar viel mehr, als auf dem Papier steht. Wenn dadurch wieder ein jahrelanges Projekt ausgelöst wird, ist er dagegen.

Helene Meyer-Jenni betont, dass nicht nur der Gemeinderat die Zusammenarbeit sucht, sondern auch das Parlament diese Schritte mit vollziehen muss. Wenn man substanziell etwas herausholen will, braucht es auch Parlamentsentscheide. Selbst um einen Bereich zusammenzuführen, braucht es ein Vertragswerk. Dies macht der Gemeinderat nicht alleine. Im Rahmen der politischen Gesamtplanung möchte man dies darlegen.

Abstimmung

Das Postulat wird mit 22:7 Stimmen überwiesen.

Aakti, Brahim	ja
Berger, Rita	ja
Bienz, Bruno	n.t.
Bienz, Viktor	ja
Bolzern, Caroline	ja
Bründler, Anton	nein
Camenisch, Räto	Enthaltung
Erni, Roger	ja
Fluder, Hans	nein
Frey, Maurus	ja
Graber, Kathrin	ja
Hahn, Alex	ja
Heini, Martin	ja
Heiz, Martin	nein
Kalt, Mirjam	ja
Kaufmann-Wolf, Christine	ja
Koch, Patrick	nein
Konrad, Simon	ja
Lammer, Thomas	ja
Luthiger, Judith	ja
Marbacher, Monika	ja
Müller, Ursula	ja
Nyfeler, Nicole	ja
Otte, Michael	nein
Portmann, Peter	nein
Schwizer, Roland	ja
Tanner, Beat	ja
Tschümperlin, Erich	ja
Urfer, Mario	ja
Wespi, Peter	nein
Wicki Roth, Verena	ja

Johanna Dalla Bona teilt mit, dass die Traktanden 17 und 18 aus Zeitgründen abtraktandiert werden.

Erich Tschümperlin beantragt, diese beiden Traktanden nicht abzutraktandieren. Der Pendenzenberg soll nicht höher werden.

Johanna Dalla Bona erwidert, dass man einmal entschieden hat, die Sitzung jeweils um 19.00 Uhr zu beenden.

Erich Tschümperlin hält hingegen an seinem Antrag fest.

Abstimmung Beendung der Sitzung

Mit 20:8 Stimmen wird entschieden, die Sitzung zu beenden.

Aakti, Brahim	nein
Berger, Rita	ja
Bienz, Bruno	n.t.
Bienz, Viktor	nein
Bolzern, Caroline	ja
Bründler, Anton	ja
Camenisch, Rätö	nein
Erni, Roger	ja
Fluder, Hans	ja
Frey, Maurus	nein
Graber, Kathrin	nein
Hahn, Alex	ja
Heini, Martin	nein
Heiz, Martin	ja
Kalt, Mirjam	nein
Kaufmann-Wolf, Christine	ja
Koch, Patrick	n.t.
Konrad, Simon	ja
Lammer, Thomas	ja
Luthiger, Judith	ja
Marbacher, Monika	ja
Müller, Ursula	ja
Nyfeler, Nicole	ja
Otte, Michael	n.t.
Portmann, Peter	ja
Schwizer, Roland	ja
Tanner, Beat	ja
Tschümperlin, Erich	nein
Urfer, Mario	ja
Wespi, Peter	ja
Wicki Roth, Verena	ja

17. Motion Tanner: Schuldenbremse für die Gemeinde Kriens

Nr. 280/11

Aus Zeitgründen abtraktandiert.

18. Postulat Piazza: Stopp-Verkehrsproblem-Kriens

Nr. 281/11

Aus Zeitgründen abtraktandiert.

19. Verabschiedung Ursula Müller (CVP)

Johanna Dalla Bona führt aus, dass Ursula Müller in ihrem Demissionsschreiben mitteilte, dass es ihr aus beruflichen Gründen nicht möglich ist, das Amt als Einwohnerrätin weiterhin auszuführen und sie daher auf Ende Januar 2012 ihren Rücktritt bekannt gibt. Man bedauert dies sehr, hat aber natürlich Verständnis für ihre Situation. Im April 2004 hat Ursula Müller die Nachfolge von Markus Renggli angetreten und hat sich demnach fast neun Jahre im Einwohnerrat engagiert. In dieser Zeit hatte sie in verschiedensten Kommissionen Einsitz: 2003 bis 2004 in der Verwaltungs- und Bildungskommission resp. ab 1. September nach der Parlamentsreform in der Bildungskommission, 2004 bis 2008 in der Sozial- und Gesundheitskommission, 2008 bis 2010 in der Umwelt- und Sicherheitskommission sowie jetzt im letzten Jahr in der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission. Durch die Mitarbeit in diesen unterschiedlichsten Kommissionen ist Ursula Müller heute eine Parlamentarierin mit einem fundierten Wissen. Ihr Herz hat aber, das wagt die Sprecherin jetzt einfach zu behaupten, vorallem sehr für die Bildung geschlagen, für die Krienser Schulen, ganz im Speziellen für die Musikschule Kriens. Als Präsidentin der Musikschulkommission hat sich Ursula Müller immer stark für diese Anliegen eingesetzt. Wie wichtig ihr dieser Bereich ist, beweist ein Vorstoss, welcher die Musikschule betrifft und den sie in der letzten Woche ihrer Amtszeit noch eingereicht hat. Dies wohlwissend, dass sie bei der Bearbeitung nicht mehr mit dabei sein wird. Die Sprecherin könnte sich aber sehr gut vorstellen, dass Ursula Müller dann als Zuschauerin auf der Tribüne anwesend sein wird, wenn es ihre Zeit erlaubt.

Die Sprecherin dankt Ursula Müller im Namen von allen, aber auch im Namen der Krienser Bevölkerung ganz herzlich für ihr langjähriges Engagement im Rat. Sie wünscht ihr auf dem weiteren Wege alles Gute.

Für Ursula Müller ist dies ein bewegender Moment. Sie bedankt sich für die Wertschätzung, die sie stets erfahren hat. In der Zeit als Einwohnerratsmitglied hat sie Gelegenheit gehabt, Vieles zu lernen, viel Interessantes über die Gemeinde zu erfahren und auch besser zu verstehen. Sie ist der Meinung, dass möglichst viele Krienser und Krienserinnen diese interessante Tätigkeit ausüben und im Rahmen des Einwohnerrates das Zusammenleben in der Gemeinde mitgestalten sollten. Manchmal ist sie überrascht, wie hoch die Wertschätzung für dieses Amt in der Bevölkerung ist. Der Einwohnerrat und die einzelnen Fraktionen können mit ihrem Verhalten die Wahrnehmung in der Bevölkerung in ein besseres oder auch ungünstigeres Licht stellen. Die Sprecherin hofft, dass der Einwohnerrat daran arbeitet und in wichtigen Themen gute, gelingende, gemeinsame Lösungen findet. Sie wünscht dem Rat gutes Gelingen und dass stets das Gute für alle und für das Ganze als Antrieb dient sowie ein gutes Augenmass und grosse Achtsamkeit in den vielschichtigen Aufgaben.

Am Forum für musikalische Bildung vom letzten Wochenende zum Thema „Bildung neu denken“ wurde von Prof. Dr. Volker Ladenthin, Universität Bonn, folgende Aussage gemacht: „Demokratie braucht Bildung. Nur gebildete Menschen können eine gelingende Demokratie leben.“ Die Sprecherin hat sich mit der Motion für die Elternbeiträge an der Musikschule erlaubt, zum Thema Bildung einen Auftrag zu erteilen. Sie ist sehr gespannt, wie darüber entschieden wird. Wie alle wissen, ist ihr in diesem Rat die Bildung und die musikalische Bildung im Besonderen stets ein grosses Anliegen gewesen und wird es auch immer bleiben. Sie endet mit dem Satz: „Wir sähen und pflanzen heute, was wir nachfolgend und später ernten.“

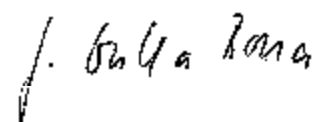
Schluss

Johanna Dalla Bona lädt im Namen von Helene Meyer-Jenni zum 8. Internationalen Frauentag am Donnerstag, 8. März 2012 im Foyer Pilatussaal ein. Die nächste Sitzung findet am 15. März statt. Im Anschluss trifft man sich im Restaurant Hofmatt. Die Sprecherin dankt für das aktive Mitmachen und wünscht allen schöne Skiferien und eine schöne Fasnacht.

Schluss der Sitzung: 19:05

Genehmigung im Namen des Einwohnerrates

Die Einwohnerratspräsidentin:



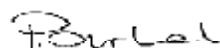
Johanna Dalla Bona

Der Gemeindegeschreiber:

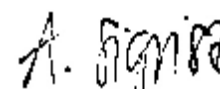


Guido Solari

Die Protokollführerinnen:



Petra Burkhardt



Andrea Sigrist